

news

Caritas als europäische soziale Friedensstifterin

Das Netzwerk Caritas Europa und seine Möglichkeiten der Mitgestaltung

Alarmierender Anstieg

Wohnungsnot in Baden-Württemberg erreicht erneuten Höchststand

Europa den Menschen näherbringen

DiCV-Workshop fördert Verständnis für die Vielfalt und Einheit Europas



news

Caritas-Präventionsprojekt erhält Herzogin-Marie-Preis

Das Präventionsprojekt „Snow White – lass dich nicht verführen“ des Caritasverbands Mannheim wurde mit dem Herzogin-Marie-Preis 2023 der Stiftung Präventive Jugendhilfe ausgezeichnet. Bei der feierlichen Preisverleihung im Florian-Waldeck-Saal des Reiss-Engelhorn-Museums war Herzogin Marie von Württemberg persönlich anwesend, um den mit 25.000 Euro dotierten Preis zu überreichen. Und war voll des Lobes für das Projekt. Die Stiftung Präventive Jugendhilfe fördert seit 1992 präventive, innovative und wegweisende Sozialprojekte. Mit dem Caritas-Projekt „Snow White“ ist es gelungen, ein Angebot für Kinder und Jugendliche zu schaffen, das am Puls der Zeit ist.

„Ich bin nicht als Alleinunterhalter unterwegs“



Im Oktober 2022 wurde im Caritasverband im Tauberkreis die neue Stabsstelle Seelsorge geschaffen. Aufgabe und Ziel der Stelle ist es, das kirchliche Profil des Verbandes weiter zu schärfen und sowohl für die Klienten als auch für die Mitarbeitenden eine Ansprechperson für seelsorgerliche Angelegenheiten zu bieten. Durch die vielfältigen (spirituellen) Angebote soll das Mitei-

ander gestärkt und den Menschen eine wertvolle Lebenshilfe angeboten werden. Die neue Stabsstelle hat sich in kürzester Zeit im Verband etabliert und wird aus den Diensten und Einrichtungen rege angefragt. Im Interview berichtet Diakon Michael Baumann über seine bisherigen Erfahrungen.

Karl-Arthur Unger: 40 Dienstjahre bei der Caritas

Seit 1983 war Karl-Arthur Unger beim Caritasverband für das Dekanat Sigmaringen-Meßkirch in den unterschiedlichsten

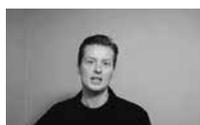


Funktionen und Bereichen tätig. Seit 2002 war er in leitender Funktion, seit 2009 dann gemeinsam mit Alexander Sperl in der Geschäftsführung und ab 2019 hauptamtlicher Vorstand. In seiner Amtszeit hat er den Verband entscheidend mitgeprägt und viel zu seiner heutigen Gestalt mit insgesamt 25 verschiedenen Einrichtungen und Diensten beigetragen. Nach über 40 Dienstjahren ist Unger Ende November 2023 in den Ruhestand gegangen, sein Nachfolger ist seit dem 1. Dezember 2023 Sebastian Metzger.

**Dem öffnen sich neue Wege,
der anderen einen Pfad weist.**

Paulo Evaristo Kardinal Arns

Caritas-Journalistenpreis 2023 für Oskar Paul



Zum 35. Mal hat die Caritas Baden-Württemberg ihren Journalistenpreis vergeben. 3.000 Euro und damit den ersten Preis erhielt Oskar Paul.

In seiner Serie „Chillen, Party, Sucht: Vom Erwachsenwerden mit Drogen“, die im Südkurier erschienen ist, beleuchtete er in 14 Einzelbeiträgen das Thema Drogen und Drogenmissbrauch in einer Breite und Tiefe, die keine Fragen offenlässt. Die Serie zeichnet einen aufklärenden und präventiven Charakter aus und weist damit weit über die Bodenseeregion, in der sie angesiedelt ist, hinaus. Überreicht wurden die Preise von den beiden Caritas-Vorstandsvorsitzenden Birgit Schaer (Freiburg) und Oliver Merkelbach (Rottenburg-Stuttgart) im Rahmen der Jahresauftaktveranstaltung in Stuttgart.

75 Jahre Kita-Fachberatung: Eine Konstante auf dem Weg in die Zukunft

75

Seit ihren Anfängen haben die Kindergärten auf dem Weg zu den heutigen Kitas als wichtige Einrichtungen der Kinder- und Jugendhilfe viele Gestaltungsformen und Entwicklungsstufen durchlaufen. Bereits ab 1948, also vor 75 Jahren, baute der Diözesan-Caritasverband Freiburg eine professionelle, trägerunabhängige Fachberatung auf, mit der er seitdem die zeitgemäße Weiterentwicklung

der rund 1.000 katholischen Kindertageseinrichtungen in der Erzdiözese Freiburg erfolgreich begleitet. Waren es in den Anfangsjahren zwei hauptamtliche Referentinnen, arbeiten heute rund 20 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in acht Fachberatungsstellen in Bad Säckingen, Buchen, Ettlingen, Freiburg, Heidelberg, Offenburg, Pforzheim und Singen. Das 75-jährige Bestehen feierte der Diözesan-Caritasverband mit einem Festakt im Weibischof-Gnädinger-Haus.

Eintauchen in den „Maschinenraum Europas“

Um den „Maschinenraum“ der Europapolitik kennenzulernen, machten sich Mitarbeitende aus unterschiedlichen Handlungsfeldern von Caritas und Diakonie auf den Weg nach Brüssel. Der Themenbogen spannte sich von EU-Fördermitteln über die europäische Sozial- und Migrationspolitik bis zu Mobilität und Strategien der Sozialwirtschaft. Ursprünglich für 2020 geplant und Corona geschuldet mehrmals vertagt, organisierten die Europareferent*innen der beiden Diözesan-Caritasverbände und der beiden Diakonischen Werke in Baden-Württemberg eine Studienreise nach Brüssel. Ziel der Reise war zu erfahren, wie Europa „tickt“, wie sich die beiden Wohlfahrtsverbände in den Politikbetrieb einbringen und wie die in Brüssel gemachte Politik in die Caritas-Arbeit vor Ort einfließt.





Europa-Workshop in der Caritas-Tagesstätte in Lahr

vor-wort

- 4 Eine einfache Aussage mit tiefgründiger Botschaft

themen

- 6 **Wählen für den Frieden – Für ein friedliches und solidarisches Europa. Mit der Kampagne „Frieden beginnt bei mir“ setzt die Caritas ein Zeichen für Frieden und Versöhnung – gesellschaftlich wie politisch**
- 8 Die Caritas als europäische soziale Friedensstifterin. Das Netzwerk Caritas Europa und seine Möglichkeiten der Mitgestaltung
- 9 So funktioniert die Europa-Wahl 2024 in Deutschland
- 10 **Die EU als Solidargemeinschaft: Realität oder Utopie? Für den Europaabgeordneten René Repasi ist die Europäische Union nicht perfekt, aber dennoch Garant für Frieden und Sicherheit**

- 12 **Dem Fachkräftemangel entgegenzutreten. Das EFS-Projekt „AB Jetzt! IV“ vermittelt Menschen mit Erziehungs- und Pflegeaufgaben in eine Teilzeitausbildung**

- 14 Die Teilhabe älterer Menschen stärken. Die EU fördert Träger darin, Angebote gegen Einsamkeit und soziale Isolation zu initiieren

- 16 Europa den Menschen näherbringen. Mit einem Workshopangebot fördert der Diözesan-Caritasverband das Verständnis für die Vielfalt und Einheit Europas

- 17 **Eintauchen in den „Maschinenraum Europas“. Mitarbeitende von Caritas und Diakonie nahmen in Brüssel Einblick in die europäische Politik**

- 19 Grenzüberschreitend unterwegs. Drei Fragen an die beiden Europa-Referenten des Diözesan-Caritasverbandes Freiburg, Clemens Litterst und Alexander Hauser

- 21 Über Provokation und Konfrontation. Den Wandel gestalten: Die Caritas Vorarlberg arbeitet mit den 17 UN-Nachhaltigkeitszielen

- 23 **Fördern und Fordern – ein Schweizer Erfolgsmodell? Die Eidgenossenschaft und das Thema Migration: Erfahrungen eines badisch-schweizerischen Integrationsmanagers**

- 25 Zu Europa gibt es fast so viele Visionen, wie es Franzosen gibt. Aus Sicht der Caritas Alsace wird der Kampf gegen Armut eine künftige Herausforderung für den europäischen Zusammenhalt sein

cv-praxis

Aus dem Diözesan-Caritasverband

- 27 **Aufbau guter Beziehungen fördert Frieden. Jahresauftakt: Caritas-Kampagne „Frieden beginnt bei mir“ setzt sich für Versöhnung und den Abbau von sozialer Ungleichheit ein**

**Wir müssen endlich Enttäuschungen annehmen,
aber wir dürfen nie die unendliche Hoffnung verlieren.**

Martin Luther King

28 Caritas-Journalistenpreis 2023 geht an Oskar Paul. Patrick Batarilo und Kai Diezemann erhalten je einen zweiten Preis – „Lobende Erwähnung“ für Lisa Petrich

30 Willkommen in „The Länd“

30 Wie verhält sich Caritas zum Thema Diversität? Pilotstudie zeigt: Orientierung an christlicher Tradition wird als Stärke, Kirchlichkeit als Schwäche wahrgenommen

32 Der Diözesan-Caritasverband Freiburg steht für Menschlichkeit und Demokratie. Statement des Vorstandes: „Menschenverachtende Überzeugungen und antidemokratische Bestrebungen haben bei uns keinen Platz.“

33 Caritas Baden-Württemberg unterstützt „Bündnis für Demokratie und Menschenrechte“

33 Eine Konstante auf dem Weg in die Zukunft. Diözesan-Caritasverband feiert 75-jähriges Bestehen seiner Kita-Fachberatung

35 Zukunftsorientierte Neugestaltung: Kirchengebäude St. Hildegard in Mannheim könnte zu Caritas-Schule werden

Aus den Orts Caritasverbänden

CV Freiburg-Stadt

36 Pro Caritate spendet Schlafsäcke für Gäste der Pflasterstub´

CV Konstanz

36 Menschenhandel in der Grenzregion Konstanz

37 Haus Zoffingen: Einweihung und Schlüsselübergabe

38 Udo Wankelmuth ist nicht mehr Vorstand

CV Mannheim

38 EU fördert Rückkehrberatung im Netzwerk Nordbaden

39 Caritas-Präventionsprojekt erhält Herzogin-Marie-Preis

40 Feierliche Altarweihe in neu gestalteter Kapelle

CV für das Dekanat Sigmaringen-Meckirch

41 Wechsel im Vorstand des Caritasverbandes

CV im Tauberkreis

42 „Ich bin nicht als Alleinunterhalter unterwegs“

magazin

44 Alarmierender Anstieg: Wohnungsnot erreicht erneuten Höchststand

45 In der Pflege ist eine riesige Personallücke absehbar

46 Erzbischof Freiburg ernannt Pfarrer für künftige Großpfarreien

47 Goldenes Caritas-Ehrenzeichen für Helmut Eitenbenz

47 Unwort des Jahres lautet „Remigration“

48 Vorbildliches unternehmerisches Engagement sichtbar machen

49 Seminarangebote für den Bereich Gesundheits- und Altenhilfe

50 Termine

U3 Impressum



Eine einfache Aussage mit tiefgründiger Botschaft

„Frieden beginnt bei mir“: Die Caritas-Kampagne 2024 kommt zu rechten Zeit

„Frieden beginnt bei mir.“ Das ist die fast schon banal klingende Ansage, mit der die diesjährige Caritas-Kampagne überschrieben ist. Sie kommt zur rechten Zeit, oder genauer gesagt: Sie trifft auf eine Zeit, in der Frieden (wieder) zu einem brennend aktuellen Thema geworden ist. Denn es geht ziemlich unfriedlich zu, in der Welt, in Europa, in Deutschland. Krieg, Gewalt und Zerstörung sind (nicht nur) in der Ukraine und im Nahen Osten alltäglich, auch bei uns werden politische Verhältnisse instabiler, werden bislang verlässliche demokratische Spielregeln und Gepflogenheiten brüchiger, nehmen Verunsicherung und Aggression in der Gesellschaft zu. In dieser heiklen Lage stellt die Caritas den schlichten Satz in den Raum: „Frieden beginnt bei mir“.

Es ist eine einfache Aussage mit einer tiefgründigen Botschaft. Weil sie die Bringschuld im Bemühen um ein friedliches Miteinander nicht nur an andere – an wen auch immer – delegiert, sondern mich selbst – jede und jeden von uns – in die Pflicht nimmt. „Frieden beginnt bei mir“ formuliert einen hohen persönlichen Anspruch, der zwar leicht über die Lippen kommen mag, aber keineswegs leicht zu erfüllen ist. Denn er setzt voraus, dass ich erst einmal mit mir selbst im Reinen bin oder ins Reine komme. Je nach dem, in welchen Lebensverhältnissen ich mich befinde, ist das keine leichte Sache, sondern erfordert einige Anstrengung. Aber die Versöhnung mit mir selbst, mit meinen Stärken wie mit meinen Schwächen, bildet die Grundlage für ein gutes, friedliches Miteinander, ob in der Familie, am Arbeitsplatz oder in der alltäglichen Begegnung.

Frieden braucht Gerechtigkeit

Damit es im Kleinen wie im Großen friedlich zugehen kann, braucht es allerdings auch Gerechtigkeit in den sozialen und den ökonomischen Lebensbedingungen. Denn wo sich jemand ungerecht behandelt fühlt oder tatsächlich ungerecht behandelt wird, kann Friedfertigkeit ganz schnell an ihre Grenzen stoßen. Was gerecht ist, wird heute oft als eine formal-juristische Angelegenheit betrachtet und behandelt. Aber: Reicht es wirklich aus, die Frage nach Gerechtigkeit allein mit dem Verweis auf Recht und Gesetz zu beantworten? Oder braucht es darüber hinaus noch etwas anderes, damit es in

unserer bunten, vielfältigen Gesellschaft einigermaßen gerecht und friedlich zugehen kann? Braucht es nicht auch so etwas wie eine innere Haltung, die danach fragt: Wie werde ich dem anderen gerecht? Was sind seine Bedürfnisse und Erwartungen? Dabei geht es nicht nur darum, eine gleichwertige Behandlung auf der Sachebene herzustellen. Sondern es geht um die tiefer schürfende Frage: Was braucht er, der Mitmensch, zum Leben? Für ein menschenwürdiges Leben, das nicht nur materielle Sicherheit meint, sondern – mehr noch – Respekt, Wertschätzung und Anerkennung.

Nach biblischem Verständnis meint Frieden (hebräisch „Schalom“) nicht einfach nur die Abwesenheit von Krieg, sondern viel mehr: nämlich umfassendes Glück, Gesundheit und Wohlergehen des Einzelnen und der Gemeinschaft, gelingendes Leben in gelingenden Beziehungen – zu anderen Menschen, zu sich selbst und zu Gott.

Um Frieden und Gerechtigkeit in dieser Welt, in Europa, in unserer Gesellschaft stiften zu können und erfahrbar werden zu lassen, ist über alle Normen, Gesetze und völkerrechtlichen Spielregeln hinaus eine innere Haltung vonnöten. Eine Haltung, die den eigenen Vorteil nicht skrupellos auf Kosten oder gar zum Schaden der anderen sucht. Wo die Erreichung des Zieles alles ist und die Frage danach, mit welchen Mitteln es verfolgt wird, letztlich keine Rolle mehr spielt, droht nicht nur der innere und äußere Friede mitsamt der Gerechtigkeit auf der Strecke zu

**Selig, die das Körnchen Wahrheit in jedem Diskussionsbeitrag heraushören
– denn sie werden integrieren und vermitteln können.**

Bischof Klaus Hemmerle

bleiben, sondern auch das, was man als den Kitt der Gesellschaft bezeichnen könnte: Empathie, Toleranz und Rücksichtnahme.

Rechthaberei führt zur Unversöhnlichkeit

Wohin hemmungslose Rücksichtslosigkeit und Rechthaberei führen, erleben wir derzeit massiv. Populismus, Diffamierung, Hass und Hetze gehören in der politischen Auseinandersetzung mittlerweile zur Tagesordnung. Mit der Folge, dass die Gesellschaft sich zunehmend spaltet und die unterschiedlichen Gruppierungen sich immer unversöhnlicher gegenüberstehen. Diese gesellschaftlichen Erosionsprozesse sind erschreckend und drohen das über Jahrzehnte stabile Fundament unserer freiheitlich-demokratischen Grundordnung zu unterspülen. Diese Gefahr ist nicht mehr nur imaginär, sie könnte bei den anstehenden Wahlen zum Europäischen Parlament und den Kommunalwahlen in Baden-Württemberg vielmehr zur bitteren Realität werden.

Deshalb ist der Gedanke der Versöhnung, der Nächstenliebe und Solidarität wichtiger denn je. Wer wenn nicht die Caritas kann ihn couragiert und engagiert in die zerrissene Welt hineinbuchstabieren. Gehört es doch zu ihrer christlichen DNA, an der Seite der Menschen zu sein, vor allem und ganz besonders derjenigen, die keine Lobbyisten in den Vorzimmern der Mächtigen sitzen haben. Mit ihren vielen Diensten und Einrichtungen ist sie als soziale Friedensstifterin unter-

wwegs, weltweit und vor Ort, indem sie Menschen in ihrer Not wahrnimmt, sich ihnen zuwendet und sie dabei unterstützt, mit Krisen und Zukunftsängsten fertig zu werden. In welcher Breite sie das tut, wird nicht zuletzt an den vielen Aktionen und Projekten ersichtlich, über die wir einmal mehr in diesem Heft berichten. Selbstredend kann und tut sie das nicht allein, sondern gemeinsam mit vielen anderen Initiativen und Institutionen, die sich für ein friedliches und gerechtes Miteinander einsetzen.

„Frieden beginnt bei mir.“ Das wusste übrigens schon der chinesische Philosoph Laotse, der vermutlich im 6. Jahrhundert vor Christus gelebt hat und von dem der folgende Text überliefert ist:

*„Damit es Frieden in der Welt gibt,
müssen die Völker in Frieden leben.*

*Damit es Frieden zwischen den Völkern
gibt, dürfen sich die Städte nicht gegeneinander erheben.*

*Damit es Frieden in den Städten gibt,
müssen sich die Nachbarn verstehen.*

*Damit es Frieden zwischen Nachbarn
gibt, muß im eigenen Haus Frieden herrschen.*

*Damit im Haus Frieden herrscht,
muß man ihn im eigenen Herzen
finden.“*

Schalom!

Thomas Maier



Thomas Maier ist Öffentlichkeitsreferent des Diözesan-Caritasverbandes Freiburg.



Die Skulptur „Europa im Herzen“ der französischen Künstlerin Ludmila Tcherina vor dem Europaparlament in Straßburg.

Viele Jahre lang fühlten wir uns in der Europäischen Union als „Friedensmacht“ sicher vor Gefahren wie Krieg oder Unruhen. Durch zahlreiche sich überlagernde Krisen ist diese Gewissheit jedoch in Bedrängnis geraten. Der Deutsche Caritasverband setzt dafür im Jahr 2024, in dem neben Kommunal- und Landtagswahlen auch die Wahlen zum EU-Parlament stattfinden, mit seiner Kampagne „Frieden beginnt bei mir“ ein Zeichen: Als Caritas stehen wir für Frieden und Versöhnung – gesellschaftlich wie politisch.

Die Europäische Union ist eines der erfolgreichsten politischen Friedensprojekte der neueren Geschichte. Mit dem „erfolgreichen Kampf für Frieden und Versöhnung und für Demokratie sowie die Menschenrechte“ und der

„stabilisierende[n] Rolle der EU bei der Verwandlung Europas von einem Kontinent der Kriege zu einem des Friedens“² begründete daher das norwegische Nobelkomitee die Verleihung des Friedensnobelpreises 2012 an die EU. Entstanden aus dem Trauma zweier Weltkriege sollte durch eine intensive Verflechtung der Industrien in Europa ein weiterer Krieg auf europäischem Boden unmöglich werden. Bis heute schafft es die Europäische Union, innerhalb ihrer Grenzen Konflikte friedlich und auf demokratische Weise zu lösen.

Der Deutsche Caritasverband arbeitet mit seiner Kontaktstelle Politik Europa in Brüssel und gemeinsam mit dem europäischen Netzwerk Caritas Europa intensiv daran, das Friedensprojekt Europäische Union zu stärken und zu gestalten. Als Caritas sind wir überzeugt, dass nur gemeinsam eine friedliche, lebenswerte Zukunft in Europa gesichert werden kann. Grundlage der Zusammenarbeit in Europa muss dabei Vielfalt und Solidarität, aber auch die uneingeschränkte Anerkennung von

Menschenrechten, Demokratie und Rechtsstaatlichkeit sein.

Die Europawahlen als Ruder des Bootes EU

Europaweit gewinnen jedoch populistische und EU-feindliche Parteien an Zulauf. Diese Akteure treiben die Spaltung der europäischen Gesellschaften voran und gefährden Frieden, Sicherheit und Wohlstand in Europa. Die Wahlen des Europäischen Parlamentes am 9. Juni 2024 sind daher ein kritischer Moment in der europäischen Integrationsgeschichte: Die zukünftige Zusammensetzung des einzigen direkt gewählten Organs der Europäischen Union ist entscheidend dafür, welche Richtung die EU in den nächsten Jahren einschlagen wird. Als Mitgesetzgeberin kann das EU-Parlament gemeinsam mit dem Rat Rechtsakte erlassen, die unmittelbar oder mittelbar in allen EU-Mitgliedstaaten gelten. Zudem ist es ein wichtiges Forum für die politische Debatte und Meinungsbildung innerhalb der EU. Je mehr Menschen sich an den Wahlen zum EU-Parlament beteiligen,

desto stärker ist die direkt gewählte Vertretung der EU-Bürger*innen.

Um den Frieden innerhalb Europas langfristig zu sichern, müssen alle Menschen in Europa an politischen Entscheidungen beteiligt und ihre Wünsche und Hoffnungen, aber auch Ängste und Sorgen ernst genommen werden. Ein starkes EU-Parlament kann diese in den europäischen Willensbildungsprozess transportieren. Es gilt also, durch die Wahlen zum EU-Parlament eine grundsätzliche Zustimmung zum Friedensprojekt Europa zu signalisieren und den EU-feindlichen Rändern eine starke, demokratisch legitimierte Mitte entgegenzusetzen.

Mit der Jahreskampagne 2024 wird die Europäische Union als Friedensprojekt sichtbar gemacht. Als zentrale Aktion werden Spiegel in den Diensten und Einrichtungen der Caritas mit dem Satz „Frieden beginnt bei mir“ beklebt. Indem jedem Einzelnen „der Spiegel vorgehalten“ wird, soll deutlich gemacht werden, dass die Verantwortung für die Zukunft der Europäischen Union, und damit für Frieden und Wohlstand in Europa, bei der eigenen Wahlentscheidung beginnt.

Die Vision der Caritas für Europa

Als Deutscher Caritasverband sind wir von der Sinnhaftigkeit und Wichtigkeit der Europäischen Union insgesamt zutiefst überzeugt. Anlässlich der Europawahlen haben wir uns daher nochmals vergewissert, wie wir uns das Zusammenleben in Europa vorstellen: Mit unserer Vision einer friedlichen, solidarischen und sozialen EU setzen wir uns für ein Gelingen des europäischen Friedensprojektes ein.

Diese grundlegende Zustimmung zur Europäischen Union hält uns jedoch nicht an konstruktiver Kritik an einzelnen Politikfeldern zurück. Noch immer gibt es in Europa innerhalb und zwischen den EU-Mitgliedstaaten große Unterschiede, was den Lebensstandard und die soziale Absicherung der Menschen betrifft. Diese Unterschiede können gesellschaftliche

Spaltungen innerhalb Europas hervorrufen und führen zu unfreiwilliger Migration innerhalb der EU, deren Auswirkungen wiederum sozio-ökonomische Ungleichheit in der EU verstärken.

In dem Forderungspapier³ des Deutschen Caritasverbands anlässlich der Europawahlen 2024 stellt die Caritas neben ihrer Vision von Europa daher konkrete Forderungen auf, welche Initiativen die EU innerhalb ihrer gesetzgeberischen Kompetenzen aus Sicht der Caritas in der Legislaturperiode 2024-2029 unbedingt angehen und umsetzen muss. Alle Maßnahmen sollen dazu beitragen, den Frieden in Europa und weltweit zu sichern, eine solidarische EU-Politik im Dienst der Menschen voranzutreiben und das gemeinsame Wirtschaften im EU-Binnenmarkt sozial und nachhaltig zu gestalten.

Zusammengenommen sind diese Vorschläge Schritte hin zu mehr sozialer Gerechtigkeit, Teilhabe und Solidarität mit den Menschen und somit langfristig zur Sicherung von Frieden in Europa. Lassen Sie uns daher am 9. Juni gemeinsam für Europa wählen – für Vielfalt, Solidarität und Frieden.

Lisa Schüller

1 Mehr Informationen sowie alle Materialien zur Caritas-Kampagne 2024 finden Sie unter www.caritas.de/frieden.

2 Der Wortlaut der Begründung des Nobelkomitees ist hier nachzulesen: www.tagesschau.de/ausland/friedensnobelpreis-eu-ts-102.html

3 Ein friedliches, solidarisches und soziales Europa. Forderungen des Deutschen Caritasverbandes für die Legislaturperiode 2024-2029 anlässlich der Wahlen zum Europäischen Parlament (6.-9. Juni 2024). Abrufbar unter: <https://www.caritas.de/fuerprofis/stellungnahmen/15-01-2024-forderungen-fuer-eine-friedliche-solidarische-und-soziale-europaeisch>



Eines der Motive der Caritas-Kampagne 2024.



Die Autorin Lisa Schüller ist Leiterin der Kontaktstelle Politik Europa des Deutschen Caritasverbands in Brüssel.

Die Caritas als europäische soziale Friedensstifterin

Das Netzwerk Caritas Europa und seine Möglichkeiten der Mitgestaltung



Michael Landau ist seit 2020 Präsident von Caritas Europa. Der österreichische Priester war von 2013 bis 2023 Präsident der Caritas Österreich und von 1995 bis 2023 Direktor der Caritas der Erzdiözese Wien.

Der soziale Zusammenhalt quer durch Europa ist durch die aktuellen Krisen auf die Probe gestellt.

Michael Landau, der Präsident von Caritas Europa, bleibt dennoch optimistisch, dass die europäische Gemeinschaft diese Herausforderungen meistern und sogar gestärkt daraus hervorgehen kann.

Worin sein Optimismus gründet, erläutert er im folgenden Beitrag.

Der anhaltende Krieg in der Ukraine, Migrantinnen und Migranten, die nach Europa drängen, sowie die wachsende Sorge über steigende Lebenshaltungskosten und Inflation beschäftigen nicht wenige Menschen in ganz Europa. Angesichts der bevorstehenden Wahlen zum Europäischen Parlament vom 6. bis 9. Juni 2024 sind dies wichtige Herausforderungen, denen sich die Abgeordneten des nächsten EU-Parlaments zu stellen haben. Nicht zuletzt im Kontext wesentlicher Transformationen in diesem Jahrzehnt wie dem grünen, digitalen und demografischen Wandel.

Als Caritas sind und bleiben wir optimistisch, dass Europa diese Herausforderungen meistern und sogar gestärkt daraus hervorgehen kann. Dieser Optimismus wurzelt in der Überzeugung, dass wir mehr Europa brauchen, nicht weniger. Eine Gewissheit, die durch jüngste Erfahrungen gestärkt wurde – etwa durch erfolgreiche, gemeinsame Anstrengungen in der Ukraine-Hilfe, in der Bewältigung der Pandemie und bei der Bekämpfung hoher Lebenshaltungskosten, auch wenn bei all dem der weitere entschiedene Einsatz unerlässlich sein wird.

Trotz all dieser Anstrengungen wird der soziale Zusammenhalt quer durch Europa aktuell auf die Probe gestellt. Dabei ist Solidarität Voraussetzung und Ergebnis guter Politik. Dieser soziale Zusammenhalt ist wesentlich für die Aufrechterhaltung einer friedlichen, inklusiven Gesellschaft, die möglichst gleiche, faire Chancen und Perspektiven für alle bereithält.

Kinderarmut

Ein wichtiger Weg, gesellschaftliche Spaltung zu bekämpfen und zu verhindern, besteht darin, die Spirale vererbter Armut zu durchbrechen. Ein entscheidendes Mittel dazu ist, neben dem Bildungszugang für jedes Kind, die konsequente Bekämpfung von Kinderarmut. Derzeit ist eines von vier Kindern in der EU von Armut bedroht. Um hier gegenzusteuern, haben sich Caritas-Organisationen und Caritas Europa eindringlich auf nationaler wie auch auf europäischer Ebene in die Ausgestaltung der Europäischen Garantie für Kinder eingebracht.

Basierend auf fünf Säulen legt die Europäische Garantie für Kinder fest, dass jedes Kind das Recht auf Gesundheitsversorgung, angemessenes Wohnen, gesunde Ernährung sowie frühkindliche Bildung und Betreuung hat (was etwa auch bedeutet, dass der Zugang zu Kindergärten ein Grundrecht und nicht bloß eine teure Option ist).

Die gute Nachricht ist, dass mittlerweile alle 27 EU-Mitgliedstaaten ihre nationalen Pläne vorgelegt haben. Was nun ansteht, ist, dass diese Garantie über die Nationalen Aktionspläne so rasch wie möglich in konkrete politische Vorhaben, Ziele und Maßnahmen umgesetzt wird, um Kinderarmut wirksam zu bekämpfen.

Caritas-Statement für die EU-Wahlen 2024

Das Wohlergehen von Kindern ist jedoch ohne das gleichzeitige Wohlergehen ihrer Familien nicht möglich, insbesondere wenn die hohe Inflation die Kaufkraft bis in die Mittelschicht hinein aushöhlt.

Daher hat Caritas Europa in Vorbereitung auf die Wahlen zum Europäischen Parlament 2024 ein Statement veröffentlicht, in dem die Gewährleistung qualitativ hochwertiger, zugänglicher und erschwinglicher Sozialdienstleistungen als eine der zentralen Prioritäten genannt wird. Darin ermutigen wir die kommenden politischen Entscheidungsträger, jene Mittel, die für Sozialpolitik bereitgestellt werden, nicht bloß als öffentliche Ausgabe zu sehen, sondern als Investition in soziale Sicherheit und sozialen Zusammenhalt.

Das Gleiche gilt für Integrationsmaßnahmen von Migrantinnen und Migranten – zugleich gilt es, diese nicht als Bedrohung, sondern als Chance vor dem Hintergrund einer alternden europäischen Bevölkerung zu sehen.

Caritas hilft Ukraine

Die Ukraine hat durch den russischen Angriffskrieg weiterhin erhebliche Verluste an Menschenleben zu beklagen, und die Gefahr einer Spaltung innerhalb der EU in Bezug auf die finanzielle Unterstützung der Ukraine ist beunruhigend. Offizielle Statistiken (Stand: Oktober 2023) sprechen von 3,7 Millionen Binnenvertriebenen und 6,2 Millionen Menschen aus der Ukraine, die weltweit auf der Flucht sind, davon

5,8 Millionen in Europa, meist Frauen und Kinder.

Die Caritas hat von Beginn an auf diese humanitäre Krise reagiert. Mit Unterstützung des weltweiten Caritas-Netzwerkes haben diözesane und nationale Caritas-Organisationen ihre humanitären Bemühungen in der Ukraine ausgeweitet und sich mit über 2.900 hauptamtlichen und 10.600 freiwilligen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern entscheidend über Caritas Ukraine und Caritas Spes Ukraine in dieser humanitären Krise engagiert. Aktuellen Zahlen zufolge konnten damit über vier Millionen Menschen mit Caritas-Nothilfe erreicht werden. Diese Zahl erhöht sich auf 5,5 Millionen Menschen, wenn man auch jene geflüchteten Menschen aus der Ukraine hinzuzählt, die in den Nachbarländern aufgenommen wurden und dort Zuflucht und Unterstützung gefunden haben. Als Caritas hoffen wir auf Frieden und den baldigen Wiederaufbau der Ukraine.

Wie überall auf der Welt sind wir davon überzeugt, dass humanitäre Hilfe umso effizienter und gerechter gestaltet werden kann, je stärker lokale Akteure eingebunden sind und als Leader von Hilfsmaßnahmen etabliert werden.

Und wir sind insgesamt überzeugt,

dass Europa seine Tradition und sein Engagement für Frieden, Demokratie und soziale Gerechtigkeit gerade auch in die kommende Zeit hinein mit neuer Kraft und neuem Mut auszubuchstabieren und mit Leben zu erfüllen imstande ist. Dazu wollen und werden wir als Caritas Europa, gemeinsam mit den Mitgliedsorganisationen, nach Kräften beitragen.

Michael Landau



Caritas Europa

Caritas Europa ist das Netzwerk der Caritas-Organisationen auf dem europäischen Kontinent. Dem katholischen Netzwerk gehören 49 Mitgliedsorganisationen in 46 europäischen Ländern an, die mit Menschen aller Glaubensrichtungen daran arbeiten, die Armut zu beenden und die Würde aller zu fördern. Caritas Europa bildet eine der sieben Regionen von Caritas Internationalis, dem globalen Dachverband mit über 160 nationalen Mitgliedern und der zweitgrößten humanitären Organisation der Welt.



So funktioniert die Europa-Wahl 2024 in Deutschland



In Deutschland wird die Europa-Wahl am Sonntag, den 9. Juni 2024 durchgeführt. In Baden-Württemberg finden gleichzeitig die Kommunalwahlen statt. Die Europa-Wahl in Deutschland ermöglicht es Bürgerinnen und Bürgern, die

deutsche Staatsangehörigkeit oder die Staatsangehörigkeit eines anderen EU-Landes besitzen, ab einem Alter von 16 Jahren an der Wahl teilzunehmen.

Jeder Wähler und jede Wählerin hat eine Stimme und kann auf dem Stimmzettel ein Kästchen für eine Partei ankreuzen. Die Parteien haben Kandidatenlisten, und die Anzahl der Sitze, die eine Partei im Europäischen Parlament erhält, hängt von ihrem prozentualen Stimmenanteil ab.

Wahlbenachrichtigungen werden vier bis sechs Wochen vor dem Wahltermin

von den Gemeinden versandt. Wenn keine Benachrichtigung vorliegt, kann im Rathaus nachgefragt werden. Wahllokale sind ab 8:00 Uhr bis 18:00 Uhr geöffnet. Es gibt keine Wahlkreise wie bei der Bundestagswahl; Wählerinnen und Wähler können nur in ihrem Landkreis oder ihrer größeren Stadt abstimmen. Es besteht jedoch die Möglichkeit, in einem anderen Wahllokal im Landkreis zu wählen, wenn ein Antrag gestellt wird.

Wählerinnen und Wähler können auch per Briefwahl abstimmen, indem sie einen Antrag auf einen Wahlschein stellen.

Die EU als Solidargemeinschaft: Realität oder Utopie?

Für den Europaabgeordneten René Repasi ist die Europäische Union nicht perfekt, aber dennoch Garant für Frieden und Sicherheit

Der aus Karlsruhe stammende René Repasi ist seit 2022 Abgeordneter des Europäischen Parlaments. Wie beurteilt er den Zustand und die Zukunft der Europäischen Union als Solidargemeinschaft, die mit deutlichen Zentrifugalkräften zu kämpfen hat? Die EU ist für ihn nicht perfekt, aber dennoch der Garant für Frieden und Sicherheit, sagt Repasi im Interview. Für ihn unterstützt die Arbeit der Wohlfahrtsverbände eine solide Interessensvertretung sozialer Rechte auf europäischer Ebene.

Schaut man nach Brüssel und Straßburg, nimmt man EU-Politik sehr oft als interessen geleitete Wirtschafts- und Standortpolitik wahr. Führt die Sozialpolitik auf der Ebene der EU ein Schattendasein?

Repasi: So weit würde ich nicht gehen. Im Bereich der Arbeitssicherheit, der Rechte von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern in besonderen Arbeitsverhältnissen wie der Telearbeit und der Leiharbeit, bei Fragen der Vereinbarkeit von Familie und Beruf wie etwa dem verbindlichen Mindestanspruch auf Elternurlaub wurden in der Vergangenheit wichtige sozialpolitische Errungenschaften durch europäisches Recht geschaffen oder binnenmarktweit gesichert. In jüngerer Zeit denke man beispielsweise an die Mindestlohnrichtlinie. Sie verpflichtet die Mitgliedssta-

ten dazu, Aktionspläne aufzustellen, um die Tarifbindung zu erhöhen. Ziel ist, dass 80 Prozent der Beschäftigten von Tarifverträgen erfasst werden. Aber natürlich will ich, dass die Sozialpolitik auf supranationaler Ebene deutlich gestärkt wird – echte Sozialpartnerschaft, mehr Mitbestimmung und gleicher Lohn für gleiche Arbeit. Nicht zuletzt braucht es auch eine EU-Richtlinie zum Schutz vor psychischen Belastungen. Europa ist nur stark, wenn die Menschen ein gutes und selbstbestimmtes Leben führen können. Die Errungenschaften unseres Binnenmarktes sind nur dann nachhaltig, wenn allen Bürgerinnen und Bürgern ein Sicherheitsnetz gegeben wird und wenn gute Arbeitsbedingungen herrschen. Das wollen wir für die gesamte Union erreichen.

Die Lebensverhältnisse innerhalb der EU unterscheiden sich zum Teil sehr deutlich voneinander. Die sozialen Unterschiede (Armut, Arbeitslosigkeit, politische Kultur) sind nach wie vor groß. Wie kann das innerhalb der EU angegangen und politisch gelöst werden?

Repasi: Armut spaltet den Kontinent und schwächt den sozialen Zusammenhalt. Als Sozialdemokraten stehen wir für gemeinsame Mindeststandards für Arbeitsmärkte und Sozialpolitik. Um das zu erreichen, wollen wir die Kriterien für gute Arbeit in die europäische Strukturpolitik verankern, indem wir Tarifbindung, Aus- und Weiterbildung, Arbeits- und Gesundheitsschutz als feste Bestandteile in den Förder- und Vergaberegeln verankern. Außerdem streben wir eine hohe Tarifbindung an, die von einer aktiven Arbeitsmarktpolitik

begleitet wird. Unser Ziel ist, dass sich die Lebensverhältnisse in Europa im Positiven angleichen. Deshalb wollen wir eine europäische Sozialunion aufbauen, eine unserer wesentlichen Forderungen. Dazu gehören eine einheitliche europäische Sozialversicherungsnummer, die reformierte Koordinierung der sozialen Sicherungssysteme und eine Ausweitung des Mandats der Europäischen Arbeitsagentur. Daneben soll ein soziales Fortschrittsprotokoll die europäischen Verträge ergänzen. Wir müssen aber ehrlich sein und auch sagen, dass die EU zwar die Kompetenzen dazu hat, solche Regelungen einzuführen, in vielen sozialpolitischen Bereichen aber von einem einstimmigen Votum im Rat abhängt. Gerade in der Sozialpolitik fallen bei den Mitgliedstaaten und Regierungen die Vorstellungen darüber, wieviel sozialpolitische Harmonisierung wünschenswert ist, teilweise stark auseinander.

Welche Rolle und Bedeutung messen Sie dabei den Wohlfahrtsverbänden und NGOs zu?

Repasi: Die Arbeit der Wohlfahrtsverbände und NGOs kommt einer soliden Interessensvertretung sozialer Rechte auf europäischer Ebene zugute. Wir Parlamentarierinnen und Parlamentarier profitieren von der partnerschaftlichen Zusammenarbeit und den Erfahrungen, die diese in den Gesetzgebungsprozess mit einbringen können. Im Gegensatz zu profitorientierten Akteuren, folgen Wohlfahrtsverbände und NGOs Werten und Überzeugungen, die ich teile. Gemeinsam müssen wir schon heute das Europa von morgen und

übermorgen gestalten. Die Sozialpartner genießen dabei eine besonders privilegierte Rolle. Die EU-Verträge sehen einen sozialen Dialog zwischen den Sozialpartnern vor. Sie können durch Vereinbarung sogar einen Rechtsetzungsprozess in bestimmten Gebieten der Sozialpolitik anstoßen.

Mit der Initiative „Europäische Säule sozialer Rechte“ wollte die EU-Kommission umfassende Reformen der europäischen Arbeitsmärkte und Sozialsystemen anstoßen. 2017 bekannten sich die Mitgliedsstaaten bei einem Gipfel in Göteborg in einer Erklärung zu gemeinsamen Mindeststandards, darunter faire Löhne, Hilfe bei Arbeitslosigkeit und angemessene Renten. Was ist daraus geworden?

Repasi: Die Initiative „Europäische Säule sozialer Rechte“ wurde insbesondere durch Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten angestoßen. Das hatte zur Folge, dass sozialpolitische Kriterien in das Europäische Semester aufgenommen wurden. Die wirtschaftspolitische Steuerung der Union wurde also um sozioökonomische Aspekte erweitert, die bislang fehlten. Das schafft neue Perspektiven und stellt die Sozialpolitik in den Vordergrund des politischen Handelns in der EU. Erst im vergangenen Jahr hat die Europäische Kommission auf Grundlage der Initiative einen Aktionsplan erarbeitet und sich erneut zur Umsetzung der Ziele bekannt, drei Schwerpunkte (Arbeitsmarkt, Weiterbildung und Armut) sollen bis 2030 vorgebracht werden. Natürlich können auch diese Anstrengungen intensiviert werden.

Angesichts Tausender Menschen auf der Flucht, die ihr Heil und ihre Zukunft in Europa suchen, ist das Thema Migration eine der ganz großen Herausforderungen für die EU und deren Zusammenhalt. Wie kann oder muss aus Ihrer Sicht eine europäische Migrationspolitik gestaltet werden, die der Menschenwürde verpflichtet bleibt und von allen EU-Mitgliedsländern

solidarisch mitgetragen und umgesetzt wird?

Repasi: Zunächst einmal geht es darum, das unsägliche Sterben im Mittelmeer zu verhindern. Es braucht legale Fluchtwege und die konsequente Bekämpfung sozioökonomischer Fluchtursachen. Eine ebenso wichtige Rolle spielen die gezielte Aufnahme von Menschen aus UNHCR-Aufnahmelagern und die Einführung humanitärer Visa durch die EU. Wir brauchen zudem eine europäische Seenotrettungsmission.

Um einer Überlastung einzelner Mitgliedstaaten zuvorzukommen, muss sich die ganze Union solidarisch zeigen. Schließlich ist essenziell, ausreichende finanzielle Mittel für den Schutz und die Versorgung von Geflüchteten in Aufnahmeländern bereitzustellen. Wir brauchen daher eine europarechtliche Pflicht zur Solidarität, die nach dem Prinzip der Arbeitsteilung sicherstellt, dass sich alle beteiligen müssen – ob über direkte Aufnahmen oder Ausgleichszahlungen. Eine faire Verteilung von Geflüchteten und der Durchführung von Asylverfahren ist unbedingt vonnöten. Im Zentrum der europäischen Asylpolitik muss das individuelle Grundrecht auf Asyl unverrückbar stehen. Die Würde von Menschen, die kein Recht auf Asyl haben, muss gleichsam respektiert werden. Das bedeutet, dass beschleunigte Verfahren auch an den Außengrenzen der EU stattfinden können. Sie dürfen aber die menschenrechtlich verlangte Einzelfallprüfung nicht aushebeln. Sie müssen unter menschenwürdigen Umständen durchgeführt werden und ein Zugang zu effektivem Rechtsschutz muss für jeden gewährleistet sein.

Der Blick der Deutschen auf Europa ist skeptischer geworden. Das hat eine repräsentative Umfrage unter Wahlberechtigten vom Juni 2023 ergeben. Nur noch jeder Vierte (26 Prozent) sagt, Deutschland habe von der Mitgliedschaft in der EU eher Vorteile, das sind 14 Prozentpunkte weniger als im



René Repasi ist in Karlsruhe geboren und wohnt auch dort. Der Jurist hat an der Universität Heidelberg promoviert und ist seit 2021 Professor für Europarecht an der Erasmus Universität Rotterdam. Im Februar 2022 kam er als Nachrücker in das Europaparlament. Repasi ist Mitglied der SPD und unterhält Wahlkreisbüros in Karlsruhe und Stuttgart.

Juli 2020. Etwa ebenso viele (27 Prozent) sagen heute, Deutschland habe von der EU-Mitgliedschaft eher Nachteile (plus 12). Was entgegen Sie den Skeptikern im Blick auf die anstehende Europawahl?

Repasi: Die Europäische Union ist nicht perfekt, aber dennoch der Garant für Frieden und Sicherheit – die Grundlage unseres Lebens. Wirtschaftlich betrachtet profitiert kein anderes Land so enorm von seiner Mitgliedschaft, wie Deutschland. Daher bin ich überzeugt: Eine starke EU ist von entscheidender Bedeutung, um die aktuellen und zukünftigen Herausforderungen erfolgreich zu bewältigen. Natürlich reicht es jedoch nicht, die Fakten aufzuzählen. Die demokratischen Parteien sind dazu verpflichtet, echte Zukunftspers-

pektiven aufzuzeigen. Es braucht faire Löhne und gute Arbeitsbedingungen, Chancengleichheit und Stabilität. Wir müssen uns gegen die Abwanderung von Industrie und Arbeitsplätzen stellen. Der Klimaschutz muss gelingen und zu einem Jobmotor werden, von dem die arbeitende Mitte profitiert. Die genannten Herausforderungen sind allesamt solche, die sich um Grenzen nicht scheren. Lösungen, die in Grenzen denken, sind deswegen zum Scheitern verurteilt. Es ist wichtig, die eigene Stimme konstruktiv zu nutzen. Die Europawahl bietet eine Möglichkeit, die Zukunft Europas aktiv mitzugestalten.

Welche Herausforderungen sehen Sie für Ihre Arbeit als Mitglied des Europaparlaments?

Repasi: Es gibt Lobbygruppen und Wirtschaftsverbände, die über beträchtliche Mittel und tiefgreifende Mechanismen verfügen, um Einfluss auf die europäische Gesetzgebung auszuüben. Das unterscheidet sie

oftmals von klassischen Sozialträgern und Wohlfahrtsverbänden. Denn, was fachspezifisch von Nutzen sein kann, bindet in der Masse viele Ressourcen und blockiert den Politikbetrieb. Nur selten steht dabei das Gemeinwohl im Vordergrund. Außerdem ist es frustrierend zu beobachten, wie einzelne Abgeordnete nahezu identische Änderungsvorschläge jener Lobbyisten übernehmen. Hier wird der eigentliche Sinn und Zweck von Politik untergraben: die unabhängige Entscheidungsfindung zum Wohle aller durch frei gewählte Abgeordnete.

Wo sehen Sie die EU in zehn Jahren angesichts zunehmender Abgrenzungsbestrebungen und nationalistischer Töne in einzelnen Mitgliedsstaaten?

Repasi: Die europäische Integration ist trotz aller Konflikte und Meinungsunterschiede in den letzten Jahrzehnten immer weiter vorangeschritten. Das liegt natürlich in den Herausforderungen begründet, die eine tief-

greifende Zusammenarbeit vonnöten machen. Der Begriff der sogenannten „Polykrise“ erklärt diese Entwicklung recht treffend. Immerhin gehören derzeit der Umgang mit den Folgen der Pandemie, ein Krieg in Europa, die Klima- und Energiekrise, Inflation und Arbeitslosigkeit, Eskalation im Nahen Osten, Flucht und Vertreibung sowie ein wiederkehrender Rechtsruck zum Alltagsgeschäft für Europas Regierende. Ich bin Optimist – und der Überzeugung: Die Europäische Union lässt sich nicht entzweien. Wirtschaftspolitische Zusammenarbeit, eine gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik sowie verstärkte Harmonisierung unter den Mitgliedstaaten können dazu beitragen, dass die EU in den nächsten Jahren noch enger zusammenwächst. Dafür brauchen wir klare, progressive Antworten auf die Herausforderungen unserer Zeit. Ich will mich gerne einbringen, daran mitarbeiten und hoffe, dass die Bürgerinnen und Bürger mit ihrer Stimme dasselbe tun.

Die Fragen stellte Thomas Maier.

Europäische Sozialpolitik konkret

Dem Fachkräftemangel entgegentreten

Das EFS-Projekt „AB Jetzt! IV“ vermittelt Menschen mit Erziehungs- und Pflegeaufgaben in eine Teilzeitausbildung

„AB Jetzt!“ ist inzwischen eine feste Größe in der Beratung von Menschen mit Erziehungs- und Pflegeaufgaben in eine Teilzeitausbildung (TZA). Das Projekt wird im Trägerverbund von vier Verbänden der Landesarbeitsgemeinschaft Katholischer Jugendsozialarbeit (LAG KJS) seit nunmehr zehn Jahren durchgeführt. Dabei ist es von

jeder ein Projekt, dass der Europäische Sozialfonds (ESF) finanziell ermöglicht.

Melanie Scheuble, die für das ESF+ geförderte Projekt „AB Jetzt IV“ am IN VIA Standort in Waldshut arbeitet, sitzt mit einer vom örtlichen Jobcenter vermittelten Teilnehmerin in ihrem Büro und führt das Erstgespräch. Welche Berufswünsche bringt sie mit, welches Wissen hat sie über die Teilzeitausbil-

dung, was ist ihr Schulabschluss? Das sind die ersten Themen, und in allen Belangen muss Melanie Scheuble die Teilnehmerin erstmal enttäuschen. „Die Teilnehmer*innen kommen meist mit falschen Informationen und Vorstellungen“, sagt Melanie Scheuble. Im ersten Schritt sind die Frauen zunächst frustriert. Dies nutzt sie jedoch, um mit ihnen über ihre Fähigkeiten und Talente zu sprechen. Behutsam tastet sie sich so an den regionalen Arbeitsmarkt heran, der zusätzlich noch kompatibel mit

den Betreuungsplätzen sein muss, die im Landkreis Mangelware sind. „Alles steht und fällt mit einem Kita-Platz“, fügt Melanie Scheuble hinzu.

Menschen mit Care-Aufgaben in Alleinverantwortung sind belastbar und gleichzeitig stark vom System belastet. Es geht im Projekt darum zu würdigen, was die Teilnehmenden täglich leisten und dabei herauszuarbeiten, welche Ressourcen und Stärken sie durch die Doppelbelastung mitbringen.

Außerdem ist es wichtig, Arbeitgebenden die Lebenssituation vieler Menschen mit Care-Aufgaben sichtbar zu machen und sie zu animieren, ihre Arbeitsplätze flexibler zu gestalten, um so den Teilnehmer*innen von „AB Jetzt!“ Teilhabe zu ermöglichen. Gleichzeitig bietet die Teilzeitausbildung auch eine Chance für Betriebe. Viele spüren den Fachkräftemangel bereits deutlich; die Teilzeitausbildung ist eine Möglichkeit diesem zu begegnen. „Unsere Teilnehmer*innen haben den großen Wunsch zu arbeiten und ihre Existenz selbst zu sichern. Es braucht nur spezifische Wege für sie. Das ist letztendlich auch ein großes Potential, das sich die Betriebe entgehen lassen, wenn sie nicht über ihren Tellerrand schauen“, betont Melanie Scheuble.

Sie berichtet, dass sie häufig mit den Betrieben in Aushandlung gehen muss, um ihnen die Teilnehmerin und das Konzept der Teilzeitausbildung näher zu bringen: „Viele Unternehmen haben Bedenken, dass es den anderen Auszubildenden gegenüber unfair sein könnte, dass die Auszubildende in Teilzeit weniger Stunden im Betrieb sein muss.“ Hier baut das Projekt eine Brücke zwischen den Teilnehmer*innen und den Betrieben. Melanie Scheuble setzt sich für die Frauen ein und verteidigt sie dort, wo sie eine Verbündete benötigen, um über ihre Situation aufzuklären. Meistens funktioniert das auch.

Die Mitarbeiter*innen vor Ort arbeiten mit unterschiedlichen Ansätzen und Methoden immer nahe an den Teilneh-



Informationsflyer für das Projekt „AB Jetzt!“.

menden. Für manche ist das Arbeiten in der Gruppe zielführender, andere benötigen zunächst Einzelberatung. Auf diese individuellen Bedarfe der Teilnehmenden gehen die Mitarbeiter*innen ein und spinnen gemeinsam mit ihnen einen Zukunftsplan. Das Projekt läuft für die Teilnehmer*innen in zwei Bahnen. Es finden zum einen Einzelcoachings statt. Dort planen die Projektmitarbeiter*innen und die Teilnehmenden gemeinsam die nächsten Schritte im Bewerbungsprozess. Außerdem arbeiten sie infrastrukturelle

Herausforderungen heraus. Dazu zählen: Ist die Kinderbetreuung geregelt (auch die Finanzierung), sind die Arbeitszeiten mit den Pflegeaufgaben zu vereinbaren, gibt es einen ÖPNV zur Arbeitsstelle, wann und wo ist die Berufsschule? Sie bauen aber auch sogenannte Vermittlungshemmnisse ab. Diese sind unter anderem geringes Sprachniveau, fehlende schulische Kenntnisse und Anerkennung ausländischer Abschlüsse. Und schließlich geht es auch um psychosoziale Themen, wie Trauma, Depressionen, Trennungen

und mangelndes Selbstwertgefühl, um herauszufinden, ob die Teilnehmende aktuell eine Ausbildung bewältigen kann. Die zweite Bahn, die parallel zum Einzelcoaching läuft, sind die Gruppenangebote, welche die oben genannten Vermittlungshemmnisse aufgreifen.

Ein Förderkriterium des ESF+ ist Gleichstellung und Nichtdiskriminierung. Hier ist das Ziel, eine Gruppe in den Blick zu nehmen, die am Arbeitsmarkt stark benachteiligt ist: Am Projekt teilnehmen können alle Erziehenden und Pflegenden zwischen 16 und 45 Jahren, sofern sie Bürgergeld beziehen. Das Projekt ist durch die LAG KJS initiiert, ist im vierten Förderzeitraum und wird seit zehn Jahren im Trägerverbund von vier Mitgliedsverbänden der LAG KJS an fünf Standorten durchgeführt. Dies sind die Träger und Standorte: IN VIA Diözesanverband Freiburg (Baden-Baden & Waldshut) und IN VIA Diözesanverband Rottenburg-Stuttgart (Ulm), Förderband Mannheim (Rhein-Neckar-Kreis) sowie Kolping Bildungswerk Tauberbischofsheim (Buchen).

Das große übergeordnete Ziel des Projekts ist es, vor allem Frauen mit Care-Aufgaben eine nachhaltige Per-

spektive am Arbeitsmarkt durch eine Teilzeitausbildung oder Umschulung in Teilzeit zu ermöglichen. Eine Perspektive, die sich an der Lebensrealität der meisten Teilnehmenden orientiert. Wer sich um Kinder kümmern möchte, allein für Kinder verantwortlich ist oder wer Angehörige pflegt, kann meist keiner Erwerbsarbeitsstelle in Vollzeit nachgehen.

„Ich mache diesen Job für die Frauen und freue mich jedes Mal, wenn ich eine ehemalige Teilnehmerin hinter dem Tresen einer Arztpraxis treffe oder beim Einkaufen und sie bedient mich“, erzählt Melanie Scheuble. Und weiter: „Es müssen sich alle bewegen und anpassen. Manchmal habe ich das Gefühl, unsere Zielgruppe hat das verstanden, bei den Betrieben ist das nicht immer der Fall. Wenn sie ihr Unternehmen zukunftsfähig halten wollen, müssen sie sich auch verändern“.

Das Projekt macht damit zwei Aspekte sichtbar: erstens braucht es die Bereitschaft bei den Schulen und Betrieben, Ausnahmen zuzulassen, wenn wir Menschen mit Care-Aufgaben am Arbeitsmarkt integrieren wollen. Und zweitens, dass es Brückenbauer*innen, wie die Mitarbeiter*innen von „AB

Jetzt!“ braucht, damit die Vermittlung gelingen kann.

Nadja Harm



Der Europäische Sozialfonds

Der Europäische Sozialfonds (ESF) ist Europas wichtigstes Finanzierungsinstrument zur Investition in Menschen. In Zeiten schneller Veränderung und neuer Anforderungen des Arbeitsmarkts verbessert der ESF die Beschäftigungs- und Bildungschancen von Millionen von Menschen. Seit seiner Gründung 1957 leistet der ESF einen großen Beitrag zum sozialen Zusammenhalt in Europa. Der Europäische Sozialfonds+ (ESF+) mit einem Budget von beinahe 99,3 Milliarden Euro für den Zeitraum 2021 bis 2027 ist das Hauptinstrument der Europäischen Union (EU) für Investitionen in Menschen und leistet einen wichtigen Beitrag zu Strategien und Reformen in den Bereichen Beschäftigung, Soziales, Bildung und Kompetenzen.



Die Teilhabe älterer Menschen stärken

Die EU fördert Träger darin, Angebote gegen Einsamkeit und soziale Isolation zu initiieren

Seit Oktober 2022 gibt es das Programm „Stärkung der Teilhabe älterer Menschen – gegen Einsamkeit und soziale Isolation“. Es unterstützt unter anderem freie gemeinnützige Träger, um Angebo-

te für Menschen ab 60 Jahren zur Vermeidung von Einsamkeit und sozialer Isolation zu initiieren. Die EU fördert die Projektträger mit Zuwendungen aus dem Europäischen Sozialfonds.

Der Caritasverband für den Landkreis Emmendingen ist Träger des Projektes „LebensWERT – im besten Alter“. Kooperationspartner sind das Jobcenter für den Landkreis Emmendingen, die Stadt Emmendingen, die Städtische Wohnbau Emmendingen sowie die Stadt Waldkirch. Das Projekt besteht aus folgenden Bausteinen:



Das Bild zeigt die Absolventinnen eines Pflegepatenkurses mit der Leiterin der Caritas-Altenhilfe Katja Rambach (r.) und der Projektverantwortlichen Tanja Balduin (2.v.r.).

Nachbarschaftshilfe – Ein Angebot zur Unterstützung im Alltag

In der Nachbarschaftshilfe übernehmen geschulte bürgerschaftlich Engagierte unter fachlicher Begleitung die Betreuung von Pflegebedürftigen in deren Häuslichkeit, um Pflegepersonen zu entlasten und/oder Pflegebedürftige zu unterstützen. Die Unterstützung umfasst:

- verschiedene Betreuungsangebote, wie Spaziergänge, musikalische und spielerische Angebote, Bewegungsangebote oder auch Begleitungen bei Ausflügen.
- verschiedene Hilfen im Alltag, wie Unterstützung bei gemeinsamen Tätigkeiten im Haushalt, beim Einkaufen und die gemeinsame Zubereitung von Mahlzeiten, sowie leichte Arbeiten, die im Garten anfallen.
- Begleitungen verschiedenster Art im Alltag, wie beispielsweise zu Arztterminen, Therapien und die Teilhabe am öffentlichen Leben und die Pflege von sozialen Kontakten.

Schulung zu Pflegepat*innen

Pflegepat*innen sollen in Pflegeeinrichtungen das Fachpersonal unterstützen, indem sie die Bewohner*innen bei Alltagsaktivitäten unterstützen. Die

Pflegepat*innen werden in einer Schulung (25 Stunden) auf die Aufgabe vorbereitet. Der Caritasverband Emmendingen hat bereits 20 Pflegepat*innen qualifiziert. Die Idee zur Entwicklung dieses Moduls entstand durch den bekannten Arbeitskräftemangel. Ziel ist, dass Absolvent*innen in Teilzeit in Pflegeeinrichtungen mitarbeiten. Der Caritasverband hat drei Teilnehmende mittlerweile bei sich beschäftigt.

Miteinanderwerkstatt

In der Miteinanderwerkstatt sind diverse Angebote für Menschen ab 60 Jahren zusammengefasst. Die Angebote umfassen Vorträge, Diskussionsrunden, Singkreis, das Café der Begegnung etc. Initiiert werden die Angebote von unterschiedlichen Gruppen, unter anderem dem Caritasverband, den Kirchengemeinden, dem Stadt seniorenrat und der Stadt Emmendingen.

Ehrenamt – Senior*innen bewegen was

Senior*innen, die Lust und Freude an der Weitergabe ihrer Kompetenzen haben, geben im Sinne des Peer-to-Peer-Gedankens anderen Senior*innen Hilfestellung, zum Beispiel in der Medi-

enkompetenz. Dies geschieht sowohl in Konstellationen zu zweit als auch in Form von Schulungen mit Gruppen.

Informationsgespräche zur finanziellen Sicherung im Alter

Dieses Angebot richtet sich an Senior*innen zwischen 60 und 70 Jahren. In einem persönlichen Gespräch wird die finanzielle Situation analysiert und Möglichkeiten der Verbesserung aufgezeigt. Die Ratsuchenden erfahren Hilfe zur Selbsthilfe. Der Schwerpunkt der Beratung ist die Aufstellung eines Haushaltsplanes und die Prüfung von Ansprüchen auf Bürgergeld, Grundversicherung im Alter, Wohngeld, Anerkennung einer Schwerbehinderung, Zuzahlungsbefreiung bei den Krankenkassen, Rundfunkgebührenbefreiung und Fördermöglichkeit über Stiftungen

Im Juni 2023 gab es eine Aktionswoche unter dem Motto „Gemeinsam aus der Einsamkeit“. Daran hat sich auch der Caritasverband Emmendingen mit Gruppen der Miteinanderwerkstatt mit vier Veranstaltungen beteiligt. Es gab das Café der Begegnung, ein gemeinsames Mittagessen, ein Bewegungstreff und einen Vortrag zum Online-Banking.

Im November 2023 wurde vier Aktionstage unter dem Motto „Armut verhindert Teilhabechancen“ in Kooperation mit der Stadt Emmendingen durchgeführt. Interessierte konnten sich zu den Themen Pflegegeld, Grundsicherung und Angebote für den kleinen Geldbeutel sowie dem Beratungsangebot zur finanziellen Sicherung im Alter informieren. Hier hat der Caritasverband mit seiner Schuldnerberatungsstelle die entsprechende Expertise.

Im April 2024 wird der Caritasverband zum „Frühstück der GemEinsamkeit“ für Menschen ab 60 Jahren und mit geringem Einkommen einladen. Ziel ist, die betroffenen Menschen zusammenzubringen, so dass deutlich wird, dass die Menschen nicht allein sind.

Das Projekt „LebensWERT – im besten Alter“ wird im Rahmen des ESF Plus-Programms „Stärkung der Teilhabe älterer Menschen – gegen Einsamkeit

und sozialen Isolation“ durch das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend und die Europäische Union über den Europäischen Sozialfonds Plus (ESF Plus) gefördert. 70 Prozent der Personalkosten sind durch das Projekt gefördert, zudem gibt es eine „Restkostenpauschale“ in Höhe von 20 Prozent der förderfähigen Personalkosten.

Tanja Balduin/Rainer Leweling

Europa den Menschen näherbringen

Mit einem Workshopangebot fördert der Diözesan-Caritasverband das Verständnis für die Vielfalt und Einheit Europas

In einer Zeit, in der Europa immer wieder politisch wie wirtschaftlich im Fokus steht, hat der Caritasverband für die Erzdiözese Freiburg ein Workshop-Angebot ins Leben gerufen: „Europa & Ich“. Seit Juli 2018 bietet dieser Workshop einen praktischen Einblick in die Europäische Union (EU) und deren Auswirkungen auf den Alltag.

Soziale Einrichtungen im Gebiet der Erzdiözese Freiburg können den Workshop über den Diözesan-Caritasverband anfragen. Von Bruchsal bis zum Bodensee, von Jugendberufsorientierung bis in die Wohnungslosenhilfe, von jung bis alt – der Workshop wurde bereits 22 Mal mit ganz unterschiedlichen Zielgruppen im gesamten Diözesangebiet durchgeführt.

Die Idee dahinter ist es, mit den Teil-

nehmenden über Politik im Allgemeinen, Europa und die EU ins Gespräch zu kommen. Wie funktioniert das Ganze? Was hat das eigentlich mit mir zu tun? Und brauchen wir die EU überhaupt? – Solche und viele weitere Fragen haben im Workshop ihren Platz und ermöglichen den Teilnehmenden, ein tieferes Verständnis für die Zusammenhänge zu entwickeln und ihre persönliche Verbindung zu diesem komplexen Gefüge zu entdecken.

Der Workshop im Überblick

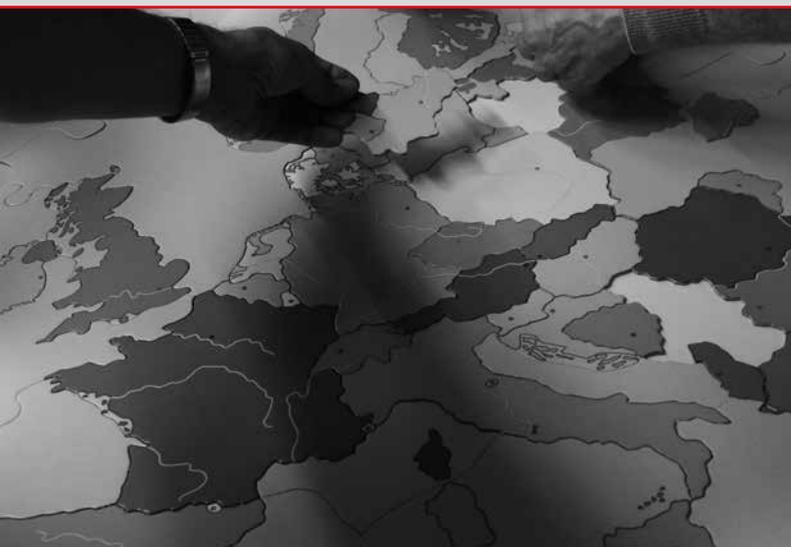
Der Workshop erstreckt sich über eine Dauer von etwa drei Stunden, in denen sich die Teilnehmenden aktiv beteiligen können. Die Struktur des Workshops ist so gestaltet, dass sie Wissensvermittlung, Interaktion und Reflexion abwechslungsreich miteinander verbindet.

Nach etwas Zeit zum Kennenlernen stehen bereits zu Beginn die Assoziationen und Erfahrungen der Teilnehmenden zum Thema im Mittelpunkt. Statt langwieriger Vorträge, werden in

einem Gespräch anhand von Impulsen der Teilnehmenden grundlegende Funktionsweisen von Demokratie und der Europäischen Union erarbeitet. So erhalten die Teilnehmenden – ausgehend vom eigenen Vorwissen – einen kompakten Überblick über politische Strukturen und Prozesse in Deutschland und der Europäischen Union – einfach und verständlich erklärt. In der Regel kommen dabei bereits erste Diskussionen in Gang, und damit ist ein gemeinsames, inhaltliches Fundament für den weiteren Verlauf des Workshops gelegt

Gemeinsames Europapuzzeln

Um das Verständnis für die Vielfalt und Einheit Europas zu fördern, erhalten die Teilnehmenden die Möglichkeit, gemeinsam als Gruppe ein Europapuzzle zusammenzusetzen. Jedes Puzzlestück repräsentiert ein Land und seine einzigartigen Merkmale. Die Gruppenaktivität fördert nicht nur Teamarbeit, sondern verdeutlicht, wie viele unterschiedliche Länder Teil des europäischen Konti-



Während des Workshops „Europa & Ich“ setzen die Teilnehmenden wie hier in Lahr gemeinsam als Gruppe ein Europapuzzle zusammen. Das fördert nicht nur Teamarbeit, sondern verdeutlicht, wie die EU als politische Gemeinschaft über Jahrzehnte zusammengewachsen ist.

nents sind und wie die EU als politische Gemeinschaft über Jahrzehnte zusammengewachsen ist.

Ein weiterer Schwerpunkt des Workshops liegt darauf, die Präsenz der EU im täglichen Leben der Teilnehmenden zu entdecken. In einer spielerischen Herangehensweise werden verschiedene Aspekte beleuchtet: Der Euro, die Reisefreiheit, der Einkauf im Supermarkt... Die EU begegnet uns im Alltag öfter, als es uns bewusst ist!

Erfahrungen und Rückmeldungen

Nachdem der Workshop 22 Mal durchgeführt wurde, sind die Erfahrungen und Rückmeldungen der Teilnehmenden von unschätzbarem Wert. Beim Europa-Workshop in der Tagesstätte der Caritas Lahr zum Beispiel haben im November letzten Jahres insgesamt 18

Personen teilgenommen. Ihre Rückmeldungen reichten von Aussagen wie „es war sehr interessant“ und „ich hab' viel über das Europaparlament gelernt“ über Bemerkungen wie „das Thema war zuerst etwas trocken, aber dann haben doch alle gern mitgemacht“ und „das Europa-Puzzle war ein toller Erfolg“ bis zu dem Fazit „ich hab' es nicht bereut, den ganzen Tag da geblieben zu sein“.

„Europa & Ich“ macht im Laufe des Workshops die Vielschichtigkeit der Europäischen Union und ihre Verflechtungen in unser alltägliches Leben deutlich. Auch unterschiedliche und kontroverse Meinungen finden ihren Platz. Während ein Teilnehmer Europa mit Frieden und Freiheit verbindet, kommt dem anderen nur Bürokratie und fehlende Bürgernähe in den Kopf und wieder eine andere Person denkt

als aller erstes an den ersten Familienurlaub in Italien im Sommer 1983. All dies, Zugänge zu und Aspekte von Europa finden im Workshop ihren Platz.

Die positive Resonanz und nicht zuletzt viele angeregte Diskussionen auch in den Pausen und nach dem Ende des Workshops zeigen, dass das Verständnis für Europa nicht nur durch theoretische Wissensvermittlung, sondern vor allem durch interaktive und erlebnisorientierte Methoden gefördert werden kann. Der Workshop leistet einen Beitrag zur Förderung eines gemeinsamen europäischen Bewusstseins und ermöglicht den Bürger*innen die Auseinandersetzung mit diesem einzigartigen und vielfältigen Kontinent und seiner Geschichte.

Miriam Krafft

Eintauchen in den „Maschinenraum Europas“

Mitarbeitende von Caritas und Diakonie nahmen in Brüssel Einblick in die europäische Politik

Um den „Maschinenraum“ der Europapolitik kennenzulernen, machten sich Mitarbeitende aus unterschiedlichen Handlungsfel-

dern von Caritas und Diakonie auf den Weg nach Brüssel. Der Themenbogen spannte sich von EU-Fördermitteln über die europä-

ische Sozial- und Migrationspolitik bis zu Mobilität und Strategien der Sozialwirtschaft.

Bitte lesen Sie weiter auf Seite 18



Auf dem Programm der Brüsselreise standen unter anderem Gespräche in der Landesvertretung von Baden-Württemberg zu Themen wie EU-Asylpaket, EU-Behindertenausweis und Strategien der Sozialwirtschaft.

Ursprünglich für 2020 geplant und Corona geschuldet mehrmals vertagt, organisierten die Europareferent*innen der beiden Diözesan-Caritasverbände und der beiden Diakonischen Werke in Baden-Württemberg im September 2023 eine Studienreise nach Brüssel. Ziel der Reise war zu erfahren, wie Europa „tickt“, wie sich die beiden Wohlfahrtsverbände in den Politikbetrieb einbringen und wie die in Brüssel gemachte Politik in die Caritas-Arbeit vor Ort einfließt.

Die rund 30 Teilnehmenden erwartete ein umfangreiches Programm: Neben Kennenlernen der Arbeit der EU-Vertretungen von Caritas und Diakonie vor Ort, von Caritas Europa und Eurodiaconia, standen der Besuch der Landesvertretung Baden-Württemberg und des Europabüros der baden-württembergischen BW Kommunen sowie weitere Gespräche auf der Agenda.

Das Spektrum der angesprochenen Themen in der Landesvertretung war äußerst breit. Der Bogen spannte sich von Strategiegesprächen in der Landwirtschaft, zu Mobilität, digitaler Transformation, EU-Asylpaket, EU-Behindertenausweis, Strategien der Sozialwirtschaft bis zu fairen Regeln

in der Plattformarbeit. Auch der Besuch und Austausch im Europabüro der Kommunen war erhellend. Als die „kommunale Stimme Baden-Württembergs in Brüssel“ setzt es sich seit mehr als 20 Jahren für die Interessen von 1.101 Gemeinden und Städten sowie 35 Landkreisen aus Baden-Württemberg in Brüssel ein. Die Gesprächspartner*innen gewährten Einblick in die Funktionsweisen der Lobbyarbeit. Schon frühzeitig intervenieren die Interessensvertreter*innen und suchen das Gespräch mit Kommissionsmitgliedern. Bevor Vorschläge für neue europäische Rechtsvorschriften öffentlich werden, gilt es den Kontakt zu suchen, um rechtzeitig Einfluss üben zu können.

Nicht viele Mitgliedstaaten leisten sich Repräsentationen vor Ort, und ein Europabüro der Kommunen ist eine Seltenheit. Auch die Präsenz der deutschen Wohlfahrtsverbände ist einzigartig und vor dem Hintergrund anhaltender Krisen – Rechtsruck, Ukrainekrieg, Inflation – von großer Bedeutung. Beeindruckend ist das Engagement der Caritas- und Diakonie-Kolleg*innen in Brüssel: Überblick über alle Förderprogramme zu erhalten, Kontakte zu

Entscheidungsträger*innen zu knüpfen und zu pflegen, um politische Prozesse mitgestalten zu können und sich sozialpolitisch für benachteiligte Menschen stark zu machen, sind einige der Kernaufgaben.

Die Vorträge von Eurodiaconia und Caritas Europa machten gemeinsame Themen sichtbar, wie Mindestlohn, Jobgarantie und Kinderarmut. Die 2017 proklamierte „Europäische Säule sozialer Rechte“ mit ihren Grundforderungen „Chancengleichheit und Arbeitsmarktzugang“, „Faire Arbeitsmarktbedingungen“ und „Sozialschutz und soziale Inklusion“ dient dabei als Kompass des anwaltschaftlichen Handelns.

Das Gespräch mit dem Europaabgeordneten Professor René Repasi (siehe auch das Interview auf Seite 10) hatte das europäische Beihilfe- und Vergaberechtsthema im Zentrum. Ziel des Gesprächs war es, Repasi für das Spannungsverhältnis zwischen EU-Binnenmarkt und gemeinnütziger Sozialwirtschaft zu sensibilisieren. Das EU-Beihilferecht soll einen fairen Wettbewerb im EU-Binnenmarkt gewährleisten, die aktuellen Regelungen berücksichtigen jedoch nicht die Sonderstellung der gemeinnützigen

Sozialwirtschaft. In der Praxis zeigt sich für die Träger der Freien Wohlfahrt, dass in der Anwendung des Beihilferechts erhebliche Risiken und Fallstricke bestehen.

Torsten Moritz, Generalsekretär der „Churches Commission for Migrants in Europe“, berichtete über die Lobbyarbeit einer kirchlichen Vertretung zum aktuellen Brennpunkthema „Reform des Asylrechts“. Er brachte zum Ausdruck, was in den Vorträgen der Gesprächspartner*innen davor zum Teil fehlte: Eine humane Perspektive und Positionierung zu bieten. Moritz sieht es als seine Aufgabe an, hier ein Korrektiv zu bilden und jenseits von Flüchtlingszahlen und Statistiken solidarische und menschliche Wege aufzuzeigen.



Bei einem Rundgang lernten die Mitarbeitenden von Caritas und Diakonie auch EU-Institution wie hier das Europa-Parlament kennen.

Fazit der Brüsselreise: Viel gesehen, erfahren, gelernt und gelacht. Oder um es mit den Worten eines Mitreisenden auszudrücken. „Schön war der Aus-

tausch untereinander, mit einigen mehr, mit anderen weniger“.

Katharina Orellano/Clemens Litterst

Grenzüberschreitend unterwegs

Drei Fragen an die beiden Europa-Referenten des Diözesan-Caritasverbands Freiburg, Clemens Litterst und Alexander Hauser

Warum gibt es beim Caritasverband für die Erzdiözese Freiburg zwei Europa-Referenten?

Litterst: Europa betrifft als Querschnittsthema alle Arbeitsbereiche der Caritas, da sich in Brüssel getroffene Entscheidungen direkt oder indirekt auf die Zielgruppen sowie Dienste und Einrichtungen der Caritas auswirken. Armutsbekämpfung, Flüchtlingspolitik, Wettbewerb sind nur einige der Themen. Der Diözesan-Caritasverband hat die Referentenstelle geschaffen, um sich im europäischen Kontext für die Interessen benachteiligter Menschen einzusetzen und seine Mitglieder zu informieren und zu unterstützen. Das Engagement begann im Jahr 1995. Im Jahr 2007 stärkten die beiden Diözesan-Caritasverbände

Freiburg und Rottenburg-Stuttgart ihre Europaarbeit mit einem gemeinsamen Kompetenzzentrum Europa der Caritas Baden-Württemberg. Als ein Teil des Kompetenzzentrums bin ich primärer Ansprechpartner für Einrichtungen und Träger in unserem Verbandsgebiet, aber viele Aktivitäten wie Rundschreiben und Info-Veranstaltungen mache ich mit meiner Stuttgarter Kollegin gemeinsam.

Hauser: Die Aufgabe der Jugendsozialarbeit ist es, junge Menschen bei ihrer schulischen, beruflichen und sozialen Integration zu unterstützen und auch hier wird das Thema Europa und der Einfluss der EU immer bedeutender. Deshalb hat die Katholische Jugendsozialarbeit auf Bundesebene beschlossen, das Thema Jugendsozialarbeit und Europa mit einer speziellen Stelle

auszustatten und die Projektstelle „Jugendsozialarbeit und Europa“ beim Diözesan-Caritasverband Freiburg organisatorisch anzusiedeln. Ich bin hier als sogenannter Themenreferent für die Bundes- und auch Landesebene der Katholischen Jugendsozialarbeit zuständig. Der Arbeitsauftrag kommt also von der Bundesarbeitsgemeinschaft Katholische Jugendsozialarbeit (BAG KJS) und der Landesebene, der Landesarbeitsgemeinschaft Katholische Jugendsozialarbeit Baden-Württemberg.

Um was kümmern Sie sich konkret? Was sind Ihre Aufgaben?

Litterst: Ich informiere die Mitglieder und Einrichtungen über relevante Themen und Entscheidungen der europäischen Sozialpolitik, die sich auf



Alexander Hauser arbeitet als Themenreferent „Jugendsozialarbeit und Europa“. Die Projektstelle der Bundesarbeitsgemeinschaft Katholische Jugendsozialarbeit ist im Diözesan-Caritasverband Freiburg angesiedelt.



Clemens Litterst ist im Diözesan-Caritasverband Freiburg Referent für Arbeit, Europa, Schuldnerberatung.

die Caritasarbeit auswirken. Außerdem informiere ich über europäische Förderprogramme, berate bei der Antragstellung, versuche Initiativen anzustoßen und Träger zu motivieren, sich zu beteiligen. Darüber hinaus biete ich Möglichkeiten zur Vernetzung und zum Austausch an und organisiere Veranstaltungen. Konkrete Beispiele sind die Koordination und Begleitung des Netzwerkprojekts NIL (Nachhaltige Integration langzeitarbeitsloser Menschen) oder die Umsetzung des niederschweligen Formats „Europa to go“, welches ein breites Spektrum an europäischen Themen abdeckt. Eine wichtige Aufgabe ist die Gremien- und Vertretungsarbeit, wo ich mit Kolleg*innen der Liga-Verbände, Kolleg*innen in anderen Diözesen, der Kontaktstelle Politik Europa des Deutschen Caritasverbandes in Brüssel sowie Ministerien und Politik auf Landesebene zusammenarbeite. Eine besondere Komponente meiner Tätigkeit ist die enge Kooperation mit Caritas Elsass und den Partnern der Hochrheinkonferenz.

Hauser: Eine zentrale Aufgabe ist, dass das Thema Europa und die Europäische Union bei den Trägern und Einrichtungen der Jugendsozialarbeit besser verankert wird. Das bedeutet zum Beispiel, dass es mehr

Maßnahmen geben soll, die über Ländergrenzen hinweg für benachteiligte Jugendliche durchgeführt werden und dass der europäische Austausch zwischen Trägern und Fachkräften der Jugendsozialarbeit gefördert wird. Hierzu organisiere ich beispielsweise grenzüberschreitende Projekte zusammen mit Partnerorganisationen im europäischen Ausland. Darüber hinaus bin ich auf Bundes- und EU-Ebene als eine Art Interessenvertreter für die katholische Jugendsozialarbeit unterwegs. Hierbei geht es vor allem um die europäischen Förderprogramme Erasmus+ und Europäischer Sozialfonds ESF+. Besonders wichtig ist es, dass die Programmverantwortlichen darauf aufmerksam gemacht werden, welche besonderen Bedürfnisse sozial benachteiligte junge Menschen haben, damit die Förderprogramme für alle zugänglich und inklusiv gestaltet werden können. Im Gegenzug informiere ich unsere Mitgliedsorganisationen über die aktuellen Entwicklungen und Anforderungen bei den europäischen Förderprogrammen. Zusätzlich entwickle ich Bildungsangebote und Konzepte für die Praxis beziehungsweise für die Jugendsozialarbeit in den Einrichtungen. Themen wie politische Europabildung, europäische Werte und Demokratiebildung stehen dabei im Mittelpunkt.

Welche persönlichen Erfahrungen und Erwartungen verbinden Sie über Ihre berufliche Tätigkeit hinaus mit Europa beziehungsweise der EU?

Litterst: Ich liebe es zu reisen und in verschiedene Welten einzutauchen. Dabei habe ich nicht nur coole Orte entdeckt, sondern auch Freundschaften geschlossen. Die Veränderungen in Europa, vor allem die offenen Grenzen und die gemeinsame Währung, finde ich super. Die Europawahl 1979 war meine erste Wahl, und irgendwie war es da wohl schon klar, dass ich mich später als Europareferent engagieren würde. Dass wir seit so vielen Jahren in Frieden leben können, ist echt ein Geschenk. Das zeigt mir, wie wichtig die Zusammenarbeit in Europa ist. Ich hoffe, es bleibt so.

Hauser: Für mich ist die EU beziehungsweise ein vereintes Europa ein einzigartiges Friedensprojekt und Garant von demokratischen Werten. Ich hoffe sehr, dass dies auch in Zukunft so bleiben wird, gerade auch im Hinblick auf all die jungen Menschen in Europa.

Fragen: Thomas Maier

Über Provokation und Konfrontation

Den Wandel gestalten: Die Caritas Vorarlberg arbeitet mit den 17 UN-Nachhaltigkeitszielen

Die 17 Ziele für nachhaltige Entwicklung (englisch: Sustainable Development Goals, SDGs) sind politische Zielsetzungen der Vereinten Nationen (UN), die weltweit der Sicherung einer nachhaltigen Entwicklung auf ökonomischer, sozialer sowie ökologischer Ebene dienen sollen. Die Caritas Vorarlberg arbeitet mit diesen SDGs. Warum und wie sie das tut, erläutert der folgende Beitrag.

Um darlegen zu können, wie die Caritas Vorarlberg mit den Nachhaltigkeitszielen der UN (SDGs) arbeitet und warum wir glauben, dass diese 17 Nachhaltigkeitsziele ein Schlüssel zur ökologischen Transformation sowie zu einer gerechteren und friedlicheren Gesellschaft sind, sollen drei Thesen vorgestellt werden.

These 1: Als Menschen wachsen wir in soziale Bedeutungsmuster hinein, die wir tagtäglich reproduzieren. Diese Muster sind derzeit nicht nur problematisch für die ökologische Gesundheit unseres Planeten, sondern auch für ein friedliches und gerechtes soziales Miteinander.

„Die Frage, die heute Ausgangspunkt der apokalyptischen Erzählungen und der Absage an eine Zukunft ist, zielt

auf die schwierige Umsetzbarkeit eines Wirtschaftssystems, das auf Wachstum und Spekulation gründet. Die Frage nach dem >>Wie lange noch<< hinterfragt nicht nur die Verfügbarkeit der Ressourcen und der natürlichen Energiequellen. Sie geht darüber hinaus: [...]“ (Garcés Marina (2019): Neue radikale Aufklärung. Wien-Berlin: Turia + Kant, S. 25-26)

Es ist nicht notwendig, Kapitalismuskritik zu üben, um eine theoretisch simple, aber praktisch schwierig umsetzbare Einsicht zu formulieren: Jede tatsächliche Änderung setzt einen Paradigmenwechsel und damit ein Aufbrechen von Mustern voraus. In der Sozialen Arbeit erleben Mitarbeiter*innen der Caritas das jeden Tag: Wer in den ewig gleichen Mustern verharrt, der wird äußerlich etwas ändern können, aber stets erneut in alte Schemata zurückfallen (denken wir nur an unsere Arbeit mit suchterkrankten Menschen). Nachhaltige Änderungen entstehen aus Einsicht, und Einsicht heißt stets auch, die eigenen Muster radikal, sprich: von Grund aus erfolgreich, in Frage zu stellen.¹

These 2: Um gesellschaftlichen Wandel voranzutreiben, benötigt es eine fundamentale Änderung der herrschenden sozialen Bedeutungsmuster. Musterveränderungen sind schwierig und lösen Widerstand aus.

Wollen wir eine sozial und ökologisch gerechtere Welt schaffen, dann

müssen die derzeit vorherrschenden Bedeutungsmuster und -strukturen verändert werden. Dies ist eine große Herausforderung. Denn jede und jeder von uns ist in ein Set von Bedeutungen hineingewachsen, das wir nicht von heute auf morgen hinter uns lassen können (und vor allem wollen). Schließlich haben uns diese Muster (scheinbar auch Wohlstand und Zufriedenheit gebracht. Wir alle spielen das Spiel „normaler“² Bedeutungen mit, damit wir im Alltag zurechtkommen und mit unseren Mitmenschen eine geteilte Wirklichkeit haben. Nun aber müssen wir diese scheinbar „normale“ und von „allen geteilte“ Interpretation von Wirklichkeit in Frage stellen. Welche Perspektive auf die Wirklichkeit ist die richtige? Jene, bei welcher alles immer so weiter gehen kann? Oder jene, die sagt, dieser Interpretation hat ausgedient, wir müssen uns verändern, wenn wir als Menschheit überleben wollen? Bei diesen Fragen kommt die Kraft der SDGs zum Vorschein.

These 3: Die SDGs formulieren ein neues Set an Bedeutungen. Sie konfrontieren und provozieren uns mit einer alternativen Perspektive auf die Realität.

Die 17 Nachhaltigkeitsziele der UN wirken dann als Treiber gesellschaftlicher Veränderungsprozesse, wenn es nicht nur darum gehen soll, ein Ziel herauszupicken und zu bearbeiten. Die Stärke der SDGs ist, unser Bewusstsein und unsere Perspektive in Frage zu stellen, unsere Wahrnehmung zu schärfen und

¹ Man bedenke in diesem Kontext auch die einfache sokratische Einsicht: Wer das Gute erkannt hat, der oder die wird es auch tun, sonst hat er oder sie es nicht erkannt. Dies ist per se eine ethische Position und Dimension.

² Wie provokant und wirkmächtig diese Ebene der SDGs ist, wird klar, wenn bedacht wird, dass der österreichische Bundeskanzler Karl Nehammer erst kürzlich davon sprach, dass es „normal“ sei, ein Schnitzel zu essen. Das Interessante dabei sind nicht die Ausführungen zu den Ernährungsgewohnheiten, sondern die Bezugnahme auf „Normalität“ und die derzeit herrschenden Bedeutungsmuster, die erhalten bleiben sollen.



Mit dem WirkRaum hat die Caritas Vorarlberg einen Ort geschaffen, in dem zukunftsfähige Antworten entwickelt werden: ein ideenoffener Raum, um Impulse für einen guten Wandel zu fördern und Energien für mehr Miteinander sowie Nachhaltigkeit zu bündeln.

uns aufzufordern, unsere Muster zu ändern sowie unsere blinden Flecken zu erkennen.

Im konkreten Arbeiten mit den SDGs stellen wir all unsere Maßnahmen in der Caritas Vorarlberg in Frage und überlegen uns, wie wir diese „neu denken“ können (im wahrsten Sinne des Wortes). Manchmal geschieht dies im Kleinen: Zum Beispiel in der Feststellung, dass auch bei der Arbeit mit trauernden Menschen ökologische Aspekte eine Rolle spielen. Manchmal gibt es große Erkenntnisse, zum Beispiel, dass wir uns selbst belügen, wenn wir glauben, dass so etwas wie Umstellung des Essensangebots in einer Werkstätte für Menschen mit Beeinträchtigung doch nur eine „kleine Änderung“ ist. Vielmehr ändert sich bei unseren Klient*innen damit die „Normalität“. Und manchmal erkennen wir, dass sich auf einmal viele junge Menschen plötzlich für und mit uns engagieren wollen, wenn sie das Gefühl haben, dass wir ihre Deutung von Welt teilen – unsere Idee des WirkRaums mag hier als Beispiel dienen.

Das Wichtigste aber ist die Grunderkenntnisse, wenn wir gemeinsam mit den SDGs arbeiten: eine andere Perspektive auf Dinge und andere Bedeutungszusammenhänge sind möglich.

Der französische Philosoph Jean-Luc

Nancy formulierte folgenden Satz, der die Wirkmächtigkeit eines solchen Zugangs prägnant auf den Punkt bringt: *„Denn in der Philosophie hat man immer beim Einzelnen angefangen, um von ihm ausgehend das Zusammensein zu denken. Was fehlt, ist die umgekehrte Überlegung, also der Versuch, mit dem Zusammensein zu beginnen.“* (Nancy, Jean-Luc (2015): Demokratie und Gemeinschaft – im Gespräch mit Peter Engelmann. Wien: Passagen Verlag, S. 48)

Übertragen wir das auf unser Thema, so bedeutet das: Das Ziel kann sein, ständig die Wunden, welche die momentanen Deutungsmuster der Wirklichkeit aufreißt, zu heilen. Stattdessen ist es notwendig, Perspektiven und Deutungen zu schaffen, die keine Wunden schlagen. Denken wir nicht fragmentarisch, sprich: Zuerst kommt der Einzelne, dann die Gesellschaft und dann die „Welt“. Denken wir stattdessen – so wie die SDGs – dass alle Veränderung möglich wird, wenn der Ausgangspunkt unseres Denkens und Handelns das Ganzheitliche ist. Dann sind die SDGs mehr als nur Ziele, dann sind sie eine kraftvolle Deutung von Welt, eine Provokation, uns alle fundamental zu ändern.

Jonathan Jancsary



SDGs

Die 17 Ziele für nachhaltige Entwicklung (englisch: Sustainable Development Goals, SDGs) traten am 1. Januar 2016 mit einer Laufzeit von 15 Jahren (bis 2030) in Kraft.

Link: <https://unric.org/de/17ziele/>



Der Autor Jonathan Jancsary studierte Philosophie und Soziologie an der Universität Innsbruck und arbeitet seit 2015 für die Caritas der Diözese Feldkirch (Vorarlberg). Dort ist er derzeit unter anderem für das Nachhaltigkeitsmanagement zuständig.

Fördern und Fordern

– ein Schweizer Erfolgsmodell?

Die Eidgenossenschaft und das Thema Migration: Erfahrungen eines badisch-schweizerischen Integrationsmanagers

„Die Integration setzt sowohl den entsprechenden Willen der Ausländer*innen als auch die Offenheit der schweizerischen Bevölkerung voraus“. So formuliert es das Schweizer Ausländer - und Integrationsgesetz (AIG). Wie steht es im Alltag um diesen Grundsatz? Wie gehen die Schweizer Nachbarn mit dem Thema Migration um? Erfahrungen eines badisch-schweizerischen Integrationsmanagers.

2014 führte die Schweiz kantonale Integrationsprogramme (KIP) ein. Seither muss jeder Kanton alle vier Jahre innerhalb vom Bund festgelegter Rahmenbedingungen verbindliche Ziele und Maßnahmen der Integrationsförderung definieren. Damit will der Staat die Teilhabe von Zugewanderten und den gesellschaftlichen Zusammenhalt verbessern. Grundprinzip der KIP ist das „Fördern und Fordern“. Zugewanderte müssen sich aktiv um ihre eigene Eingliederung bemühen. Die Schweiz bietet gute Rahmenbedingungen an, welche diese Bemühungen unterstützen.

Erfolge beim Fördern

Beim Fördern zeigt sich die Schweiz großzügig. 2022 gab der Bund für Integrationsmaßnahmen rund 350 Millionen CHF aus, davon über 80 Prozent für Geflüchtete. Der übrige Teil wird nur ausbezahlt, wenn die Kanto-

ne mindestens gleich viel Geld investieren. Im Kanton Basel-Stadt fließen so jährlich über sieben Millionen CHF in kostenlose Deutsch- und Integrationskurse sowie an Organisationen, die informieren, beraten, begleiten, vermitteln und dolmetschen. Für rund 640.000 CHF beraten und informieren wir bei GGG Migration jährlich über 10.000 Personen und bieten Weiterbildungen an für Neuzugezogene, Migrationsvereine und Fachpersonen. Das Hilfswerk der Evangelisch-reformierten Kirche (HEKS) erhält 340.000 CHF für Projekte, die das Zusammenleben fördern. Damit werden unter anderem fremdsprachige Erziehungsberechtigte von Brückenbauer*innen durch aufsuchende Elternarbeit unterstützt. Der Schutz vor Diskriminierung und Rassismus ist dem Kanton 153.000 CHF wert.

Diese Investitionen ins Fördern zahlen sich aus. Dank früher Deutschförderung verbessern sich die Sprachkenntnisse. Arbeitsfähige Zugewanderte stehen in der Schweiz schneller in Lohn und Brot, was die Staatskasse entlastet. Auf lange Sicht spare der Staat pro eingesetztem Franken bis zu vier Franken ein, sagt der Bund.

Rückschritte beim Fordern

Trotz großzügiger Förderung positioniert sich die Schweiz im Index der Integrationspolitik (mipex.eu) nur im Mittelfeld. Ein Grund dafür sind die Restriktionen bei Aufenthalt, Familienzusammenführung und Einbürgerung. Das Ausländerrecht wurde von der Politik mehrmals verschärft. Eine Aufenthaltsbewilligung kann widerrufen

werden, wenn jemand die Sicherheit gefährdet, Sozialhilfe bezieht, das Schweizer Bürgerrecht „erschleichen“ will oder eine Integrationsvereinbarung nicht einhält. In dieser werden Ziele und Maßnahmen festgehalten, wenn ein „besonderer Integrationsbedarf“ oder „wesentliche Integrationsdefizite“ bestehen. Diese vagen Formulierungen zeigen: Wer den Willen zur Integration mitbringt, ist nicht vor Willkür gefeit. Zumal die Umsetzung wie üblich von Kanton zu Kanton verschieden ist.

Fallstricke bei der Einbürgerung

Die Gefahr der Willkür zeigt sich beim krönenden Abschluss des Integrationsprozesses: der Einbürgerung. Um ein „Erschleichen“ zu verhindern, werden hohe Hürden gesetzt. Der Antrag kann erst nach zehn Jahren gestellt werden. Die hohen Gebühren kann oder will sich nicht jeder leisten. Ausschlussgründe sind Sozialhilfebezug, Steuerausstände, Mahn- oder Strafbescheide und negative „Leumundsberichte“ von Chef, Kollegin oder Nachbarn. Die Wohngemeinde muss prüfen, ob man am sozialen Leben teilnimmt, Schweizer Bekannte hat, die geografischen, historischen, politischen und gesellschaftlichen Verhältnisse kennt sowie mit den örtlichen Sitten und Gebräuchen vertraut ist. Da fühlt man sich ab und zu wie Emil vor 45 Jahren in „Die Schweizermacher“. Noch heute muss man in manchen Gemeinden mehrdeutige Fragen beantworten, einen schriftlichen Test absolvieren oder sich an der Gemeindeversammlung dem Stimmvolk präsentieren. Da ist verdächtig, wer sich nicht in einem Ortsverein engagiert, nicht alle Wirtshäuser kennt, den Abfall nicht ordentlich



GGG Migration ist Teil der „Gesellschaft für das Gute und Gemeinnützige Basel“, die 1777 zur Linderung der Armut und Verbesserung der Bildung gegründet wurde.



Am Empfang von GGG Migration werden jährlich über 10.000 Besucher*innen begrüßt.

entsorgt oder den ausländischen Pass behalten will.

Korrekturen durch die Justiz

Dem großen Ermessensspielraum von Behörden und Souverän werden aber zunehmend Grenzen gesetzt. Das Schweizer Bundesgericht kassierte mehrmals negative Einbürgerungsentscheide und forderte Gemeinden auf, nicht willkürlich, rechtsungleich oder diskriminierend zu entscheiden. Integration sei ein Prozess gegenseitiger Annäherung zwischen einheimischer und ausländischer Bevölkerung. Grundlage dafür sind die Werte der Bundesverfassung sowie gegenseitige Achtung und Toleranz.

Dies ist schwere Kost für manch Alteingesessenen, der unter Integration immer noch Assimilation versteht, das heißt die Angleichung an bestehende Verhältnisse. Bei meiner Einbürgerung machte mir eine Nachfahrin von Wilhelm Tell klar, dass ich „nur Papierlichwyzer“ sei und eingebürgerte



GGG Migration berät Migrant*innen in 17 Sprachen zu allen Alltagsfragen und vermittelt bei Bedarf an weitere Fachstellen.



Der Autor Robert Weller ist Geschäftsleiter der GGG Migration in Basel. Der Diplom-Verwaltungswirt und NPO-Manager wuchs im Schwarzwald auf und wohnt seit 26 Jahren in der Region Basel. Seit 2010 arbeitet er als Geschäftsleiter von GGG Migration. 2013 wurde er Schweizer Bürger.

Familien frühestens nach drei Generationen zu den Eidgenossen zählen.

Hoffnungsvolle Zeichen

Solche Aussagen dürften bald der Vergangenheit angehören. 58 Prozent der Neugeborenen in der Schweiz haben einen Migrationshintergrund. In Basel-Stadt sind es bereits 55 Prozent der gesamten Bevölkerung. Die Stadt

steht trotzdem oder gerade deswegen in voller Blüte, so wie die Schweiz ihren Wohlstand mehrheitlich der Innovationskraft von Eingewanderten zu verdanken hat (siehe Nestlé, ABB, Maggi, Swatch). Auch in der Agglomeration nutzt man inzwischen lieber das Potenzial der Zugewanderten als weiter den restaurativen Geist zu pflegen. Seit neun Monaten sitze ich im Gemeinderat und darf trotz Doppelbürgerschaft über Einbürge-

rungen entscheiden. Wahrscheinlich braucht es Geduld, bis Toleranz und Offenheit bei allen Eidgenoss*innen angekommen sind. Es wird keine drei Generationen mehr dauern.

Robert Weller

Zu Europa gibt es fast so viele Visionen, wie es Franzosen gibt

Aus Sicht der Caritas Alsace wird der Kampf gegen Armut eine künftige Herausforderung für den europäischen Zusammenhalt sein

Welche Rolle spielt die EU bei den französischen Nachbarn?

Wie betrachten sie insbesondere im Hinblick auf die soziale und sozioökonomische Entwicklung die Zukunft Europas? Aus der Perspektive des elsässischen Caritasdirektors Olivier Coupry wird der Kampf gegen Armut und soziale Ausgrenzung künftig eine Herausforderung

für den Zusammenhalt der europäischen Gesellschaft sein.

Während die überwiegende Mehrheit der Franzosen die entscheidende Rolle der EU für Frieden und Stabilität auf dem Kontinent sowie den unschätzbaren Beitrag der einheitlichen Währung anerkennt, nimmt ein Teil von ihnen Europa als ein technokratisches Gebilde wahr, das manchmal weit von ihren Anliegen entfernt ist und restriktive Standards hervorbringt. Bei

näherer Betrachtung der europäischen Frage und insbesondere des sozialen beziehungsweise sozioökonomischen Projekts Europa gibt es fast so viele Visionen, wie es Franzosen gibt. Diese Visionen können sehr gegensätzlich und manchmal fehlerhaft sein.

Grenzgänger stellen fest, dass der Binnenmarkt, der den freien Waren- und Personenverkehr ermöglicht, eine alltägliche Realität ist, die es ihnen ermöglicht, zu arbeiten und im Allgemeinen gut zu leben, während die

Franzosen ihn im eigenen Land als eine Reihe wirtschaftlicher Regulierungsmechanismen wahrnehmen können zugunsten großer Industriekonzerne, ohne Berücksichtigung der örtlichen Gegebenheiten.

Die Studierenden fühlen sich zutiefst europäisch. Die meisten von ihnen träumen davon, vom Erasmus-Programm zu profitieren und ihre Ausbildung in einem anderen EU-Land abzuschließen. Im weiteren Sinne betrachten junge Menschen Europa als den Ort, an dem über den notwendigen ökologischen Wandel nachgedacht und dieser umgesetzt wird, während ältere Generationen die große Ungleichheit in der Politik der Mitgliedstaaten und sogar die sehr harten Meinungsverschiedenheiten bei der Umstellung der Volkswirtschaften in Richtung einer Reduzierung und Vermeidung von CO₂-Emissionen bemerken.

Menschen, die im Primärsektor (Landwirtschaft, Fischerei, Bergbau und Forstwirtschaft) arbeiten, nehmen manchmal wahr, dass Europa restriktive Standards hervorbringt, die im Widerspruch zu den traditionellen Lebens- und Produktionsweisen stehen, an denen sie sehr hängen. Und manchmal vergessen sie, was sie den europäischen Fonds schulden. Umgekehrt sehen diejenigen, die im „Tech“-Bereich arbeiten, Europa als den Ort, an dem die kritische Masse erreicht wird, um Einfluss auf eine globalisierte Welt zu nehmen.

Auf rein sozialer Ebene scheinen die Franzosen mehrheitlich vor allem an ihre nationalen Vorschriften in Bezug auf Arbeitszeit, Renten, Arbeitslosigkeit, Urlaub und Sozialschutz gebunden zu sein. Es muss anerkannt werden, dass das französische Modell über die gemeinsamen Mindestanforderungen der EU hinaus eines der attraktivsten ist. Jede Entwicklung in diesem Bereich ist äußerst heikel (das haben wir kürzlich bei der Rentenreform gesehen). Eine Übereinstimmung der Sozialpolitiken der teilweise sehr weit voneinander entfernten Mitgliedstaaten wird für unser



Der Autor Olivier Coupy ist Direktor der Caritas Alsace.

Land immer ein wichtiges politisches Thema sein.

Schließlich spaltet die Frage der europäischen Politik in Bezug auf Grenzkontrollen, Asyl und Einwanderung die öffentliche Meinung Frankreichs zutiefst und wird eines der Hauptthemen der bevorstehenden Europawahlen sein.

Wir könnten die Beispiele vervielfachen, die zeigen, dass die französische Vision der EU als sozioökonomisches Projekt pluralistisch ist und dass es nicht einfach ist, eine kurze Zusammenfassung zu erstellen. Aber was ist mit unserer bescheidenen elsässischen Caritas?

Die Perspektive der Caritas Alsace

Die Perspektive der Caritas Elsass auf das soziale Europa ist offensichtlich auf Menschen in prekären Situationen ausgerichtet. Im Jahr 2022 haben wir 10.000 Haushalte oder 25.000 Menschen unterstützt, davon ein Drittel Kinder. Die Hälfte der Familien, die Hilfe benötigten, waren Ausländer, 28 Prozent waren Familien mit einer alleinerziehenden Mutter. 78 Prozent der Familien lebten unterhalb der extremen Armutsgrenze, nur 13 Prozent der Haushalte hatten eine Beschäftigung, meist in prekären Verhältnissen, und 34

Prozent der im Jahr 2022 unterstützten Haushalte hatten keinen Zugang zu festen Wohnungen.

Zwischen 2021 und 2022 verzeichneten wir einen Anstieg der Besucherzahlen in unseren Beratungszentren um 20 Prozent, was einerseits dem Ende der Gesundheitskrise durch Corona und andererseits der Inflation und der Energiekrise entspricht. Die Corona-Pandemie hatte bereits die Situation vieler Haushalte geschwächt, insbesondere der Kleinunternehmer, die Ressourcen verloren hatten. Heutzutage treibt die Inflation Geringverdiener oder Rentner in prekäre Verhältnisse, und wir treffen immer mehr von ihnen in unseren Beratungsstellen. Diese Verschärfung der Armut ist wahrscheinlich ein allgemeines Phänomen in Europa, das auch von Inflation und zunehmenden Migrationsströmen betroffen ist.

Der Kampf gegen Armut und soziale Ausgrenzung wird künftig eine Herausforderung für den Zusammenhalt der europäischen Gesellschaft sein. Dazu müssen neue Mechanismen der sozialen und beruflichen Integration entwickelt werden. Es wird zweifellos notwendig sein, über die Gewährleistung eines Mindesteinkommens durch angemessene zusätzliche Ressourcen nachzudenken. Außerdem muss die Europäische Union den Verbänden mehr Unterstützung bieten, indem sie den Zugang zum Europäischen Sozialfonds erleichtert.

Da fast 20 Prozent ihrer Staatsangehörigen an der Armutsgrenze leben, muss die Europäische Union das Problem der Prekarität in den Mittelpunkt ihrer Sozialpolitik stellen. Aber das kann man nicht verordnen. In diesem Zusammenhang ist die Aussage Robert Schumanns aus dem Jahr 1950 nach wie vor aktuell: „Europa wird nicht auf einmal entstehen, auch nicht im Gesamtaufbau. Dies wird durch konkrete Erfolge erreicht, die zunächst eine faktische Solidarität schaffen.“

Olivier Coupy

Aufbau guter Beziehungen fördert Frieden

Jahresauftakt: Caritas-Kampagne „Frieden beginnt bei mir“ setzt sich für Versöhnung und den Abbau von sozialer Ungleichheit ein

Wie kann Frieden angezettelt und die Hoffnung darauf gestärkt werden? Diese Frage stellte die Caritas Baden-Württemberg bei ihrem Jahresauftakt im Haus der Katholischen Kirche in Stuttgart. Ganz im Sinne der diesjährigen Caritas-Kampagne „Frieden beginnt bei mir“.

Wir nehmen Frieden als Normalzustand an. Dabei ist Frieden nichts, das ein für alle Mal da ist. Frieden muss immer wieder neu errungen und gestärkt

werden. Das gilt im privaten Umfeld und erst recht in einem gesellschaftlichen oder gar weltweiten Horizont. Der Einsatz für Frieden beinhaltet auch, dass Armut und soziale Ungleichheit bekämpft werden. Die Caritas wirkt aktiv an einem solchen Frieden mit, indem sie Menschen begleitet, sich für Versöhnung einsetzt und den Aufbau guter Beziehungen fördert. Sie bringt sich als Vermittlerin, Dolmetscherin und Tür-Öffnerin aktiv ein.

„Der Frieden ist auch hier in Deutschland gegenwärtig mehr als angegriffen“, sagte die Freiburger Diözesan-

Caritasdirektorin Birgit Schaer vor rund 150 Gästen aus Politik, Medien, Kirche und Wissenschaft. Ohnmachtsgefühle und Unzufriedenheit seien mittlerweile alltäglich und machten sich in Dauerprotesten, Dauerstreiks und Dauerresignation bemerkbar. Die kirchlichen Wohlfahrtsverbände müssten deshalb mehr denn je das Individuum in seiner Widerstandskraft stärken. „Es braucht unsere soziale Nähe zu den Lebenswelten der Menschen und deren biographischen Wendepunkte, denn nur so kann ein Zusammenleben in Ruhe und Sicherheit und damit in Frieden wieder entstehen“, betonte Schaer.



„Frieden beginnt bei mir.“ – Das ist das Motto der Caritaskampagne 2024.



Für Professor Bernhard Bleyer aus Passau, der zur Jahreskampagne sprach, sind Krieg und die Frage, wie damit umzugehen ist, nie aus den Diensten der Caritas verschwunden.

„Nach 80 Jahren Frieden in Deutschland können die Allermeisten nicht aus eigenen Erfahrungen ableiten, was es heißt, im Krieg zu leben“, sagte Professor Bernhard Bleyer, Leiter des Studiengangs Caritaswissenschaften und werteorientiertes

Management in Passau. Dennoch seien Krieg und die Frage, wie damit umzugehen ist, nie aus den Diensten der Caritas verschwunden. „Heute organisiert die Caritas in ihren Einrichtungen Räume, in denen der Wirklichkeit des Krieges die virtuelle

Distanz genommen wird.“ Es brauche diese Räume, um Krieg und Krisen auf neutralem Boden zum Thema von Auseinandersetzung machen zu können.

Die Caritas leiste mit ihrer Arbeit immer auch einen Beitrag, soziale Ungleichheit zu minimieren und Kompromisse zu ermöglichen, so der Rottenburg-Stuttgarter Diözesan-Caritasdirektor Oliver Merkelbach. „Die Perspektive, die wir einnehmen, ist immer die Perspektive von Menschen, die sich in Situationen besonderer Schutz- und Unterstützungsbedürftigkeit befinden. So betrachtet bedeutet Caritasarbeit immer gesellschaftliche Friedensarbeit.“ Gemeinsam mit den Mitstreitern und Unterstützerinnen könne es gelingen, „die solidarischen Kräfte in unserer Gesellschaft zu locken und stark zu machen und eben nicht den Angstmachern und lautstarken Vertretern von Partikularinteressen das Feld zu überlassen. Frieden beginnt jetzt. Mit uns.“ (bye)

Caritas-Journalistenpreis 2023 geht an Oskar Paul

**Patrick Batarilo und Kai Diezemann erhalten je einen zweiten Preis
– „Lobende Erwähnung“ für Lisa Petrich**

Die Caritas Baden-Württemberg hat zum 35. Mal ihren Journalistenpreis vergeben und vier Journalistinnen und Journalisten ausgezeichnet. Überreicht wurden die Preise von den beiden Caritas-Vorstandsvorsitzenden Birgit Schärer (Freiburg) und Oliver Merkelbach (Rottenburg-Stuttgart) im Rahmen der Jahresauftaktveranstaltung in Stuttgart.

Den ersten Preis und damit 3.000 Euro erhält Oskar Paul für seine Serie „Chillen, Party, Sucht: Vom Erwachsenwerden mit Drogen“, die im Südkurier erschienen ist. Darin setzt sich Paul mit einer gesellschaftlichen Wirklichkeit auseinander, der besonders Jugendliche und junge Erwachsene ausgesetzt sind. Über vier Wochen beleuchtete er in 14 Einzelbeiträgen das Thema Drogen und Drogenmissbrauch in einer Breite und Tiefe, die nach Auffassung der Jury keine Fragen offenlässt. Die Jury überzeugte sowohl die bewundernswerte Rechercheleistung als auch

die unglaublich facettenreichen und informativen Formen der Darstellung. Seine Serie zeichnet einen aufklärenden und präventiven Charakter aus und weist damit weit über die Bodenseeregion, in der sie angesiedelt ist, hinaus.

Die beiden zweiten Preise mit jeweils 1.500 Euro gingen an Patrick Batarilo für sein auf SWR2 gesendetes Radio-Feature „Von leeren Häusern und neuer Hoffnung – Alleinsein im Alter“ sowie an Kai Diezemann für seinen Film „Wir kämpfen für dich – Wenn Eltern ihre Kinder pflegen“, der im SWR-Fernse-



Ausgezeichnete Journalistinnen und Journalisten (v.l.): Laudator Martin Oversohl (dpa), Laudatorin Elisabeth Zoll (Südwestpresse), Diözesan-Caritasdirektor Oliver Merkelbach (Rottenburg-Stuttgart), Kai Diezemann (2. Preis), Jörg Peter Rau (Chefredakteur Lokales beim Südkurier) in Vertretung von Oskar Paul (1. Preis), Lisa Petrich (Lobende Erwähnung), Patrick Batarilo (2. Preis), Diözesan-Caritasdirektorin Birgit Schaer (Freiburg) und Laudatorin Eva-Maria Bolay.

hen ausgestrahlt wurde. Batarilo nähert sich mit dem Radiofeature einem Phänomen, das zwar vielfach anzutreffen, aber noch kaum im öffentlichen Bewusstsein angekommen ist. Es geht um das Alleinsein, um Einsamkeit im Alter, wenn familiäre Verhältnisse und Beziehungen sich verändern. Nach Auffassung der Jury gelingt es dem Autor hervorragend, über das Radio behutsam und doch sehr eindrücklich zu vermitteln, wie sich Alterseinsamkeit anfühlt, aber auch, wie die vier Frauen sich gegen Momente der Verzweiflung zu wehren und dennoch erfüllt zu leben versuchen. Damit wirft er ein pointiertes Schlaglicht auf ein bislang noch weitgehend unbeachtetes, gleichwohl aber wichtiges soziales wie gesellschaftliches Thema.

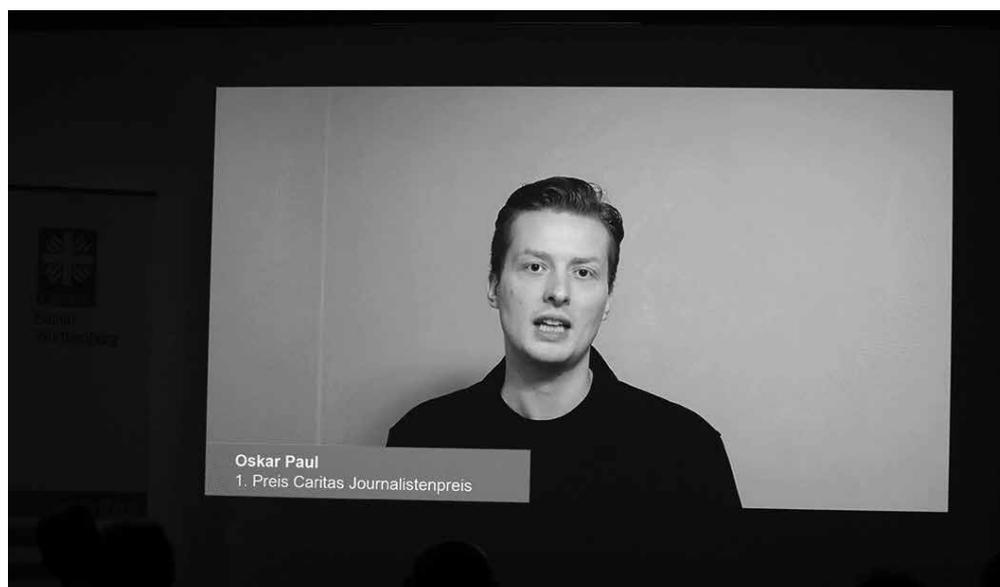
Kai Diezemann hat für seine Fernsehreportage über zwei Jahre vier Familien begleitet, deren Kinder schwere Beeinträchtigungen haben. Mit einer bemerkenswerten, aber nie voyeuristisch daherkommenden Nähe nimmt der Film den Zuschauenden hinein in das tägliche Leben von pflegenden Eltern, das in seinen Höhen und Tiefen Außenstehenden meist verborgen bleibt. Nach Auffassung der Jury schafft es der Film in herausragender Weise, die Zuschauerinnen und Zuschauer emotional an den belastenden, aber auch beglückenden Erfahrungen von pflegenden Eltern, die über sich

hinauswachsen, teilhaben zu lassen.

Eine „Lobende Erwähnung“ erhielt Lisa Petrich für ihre in der Badischen Zeitung veröffentlichte Reportage „Nicht mehr in Ordnung“ über das Leben von Messies. Mit ihrem Beitrag eröffnet sie überraschend neue, erhellende Zugänge in die klischeebehaftete Lebenswelt von Messies. In bester journalistischer Manier hat sich die Autorin ein eigenes Bild gemacht. Mit ihrer gut recherchierten und geschriebenen Reportage bricht Lisa Petrich vorherrschende Klischees auf, weckt Sympathie und Verständnis für die Betroffenen und

trägt so dazu bei, (Vor)Urteile in der Bevölkerung neu zu sortieren, so die Jury.

Mit der Auszeichnung würdigen die beiden Diözesan-Caritasverbände Freiburg und Rottenburg-Stuttgart Autorinnen und Autoren für herausragende publizistische Beiträge aus dem sozialen Bereich. Für den 35. Caritas-Journalistenpreis lagen insgesamt 105 Wettbewerbsbeiträge aus Presse, Hörfunk, Fernsehen und Online-Medien vor, aus denen eine unabhängige Jury die Preisträgerinnen und Preisträger ermittelte. (tom)



Preisträger Oskar Paul, der zu einem Studienaufenthalt in den USA weilt, bedankte sich per Videoschleife für seine Auszeichnung.

Willkommen in „The Länd“

Im Rahmen eines Wortgottesdienstes wurde das neue Vorstandsmitglied Henric Peeters zum Jahresbeginn im Diözesan-Caritasverband willkommen geheißen. Der Aufsichtsratsvorsitzende Peter Weiß (auf dem Foto links) begrüßte ihn im Weibischhof-Gnädinger-

Haus und wünschte dem neuen Führungstandem Birgit Schaer und Henric Peeters an der Spitze des Verbandes viel Erfolg, eine glückliche Hand und Gottes Segen.

Um Henric Peeters, der vom Niederrhein nach Freiburg kommt, das

Hineinkommen in den alemannisch geprägten Sprach- und Kulturkreis in Deutschlands südwestlicher Ecke zu erleichtern, überreichte die Vorstandsvorsitzende Birgit Schaer ihrem neuen Kollegen ein passendes Willkommensgeschenk zum Anziehen.



Wie verhält sich Caritas zum Thema Diversität?

Pilotstudie zeigt: Orientierung an christlicher Tradition wird als Stärke, Kirchlichkeit als Schwäche wahrgenommen

Mitte Dezember letzten Jahres wurde bei einem bundesweiten Fachtag der Fortbildungsakademie des Deutschen Caritasverbandes in Kooperation mit dem Caritasverband für die Erzdiözese Freiburg die Studie „Caritas und Diversität“ vorgestellt, die mittlerweile auch im Lambertusverlag als Buch erschienen ist.

Die Idee, eine solche Studie in Auftrag zu geben, erwuchs im Zusammenhang mit dem Interkulturellen Öffnungsprozesses im Caritasverband für das Dekanat Zollern. Ausgehend von der Fragestellung, wie die Caritas von Geflüchteten und Klient*innen mit Migrationshintergrund wahrgenommen wird, rückte die Frage immer mehr in den Mittelpunkt, wie Caritas sich insgesamt zum Thema Diversität verhalte.

Professor Michael Ebertz und Lucia Segler übernahmen daraufhin den Auf-

trag, mittels qualitativer Interviews eine entsprechende Pilotstudie durchzuführen. Die Fragestellung lautete: Worin liegen Stärken und Schwächen, Chancen und notwendiger Unterstützungsbedarf für die Caritas bei ihrer Öffnung für „Diversität“? Wie beurteilen Mitarbeitende der Caritas die Offenheit ihrer Einrichtungen Personen gegenüber, denen (zum Beispiel sexuelle, spirituelle und kulturelle) „Andersartigkeit“ und „Fremdheit“ zugeschrieben wird?

Aufgrund der Corona-Pandemie musste

mehrfach nachgesteuert werden. Letztlich wurden 15 qualitative Interviews, darunter zwei Gruppeninterviews mit Studierenden der Katholischen Hochschule Freiburg (als potenzielle Mitarbeitende) und online 13 Einzelinterviews mit derzeitigen Mitarbeitenden der Caritas durchgeführt. Unter diesen Interviews befinden sich auch Einzelinterviews mit Führungskräften.

Ein Blick auf die Ergebnisse

Als Konsens lässt sich festhalten, dass Vielfalt in der Caritas überall vertreten ist. Sie betrifft sowohl die Lebensführung als auch die Religion. Sie ist ethnisch greifbar wie auch positionell. Letzteres äußert sich – wenn man es negativ betrachtet –, dass sich Mitarbeitende fremd im Verband fühlen. Deutlich wurden gesellschaftliche Disparitäten, wie etwa Unterschiede zwischen ländlichem Raum und dem städtischen Umfeld oder die unterschiedlichen Haltungen in den verschiedenen Generationen.

Es konnte erhoben werden, dass die Betroffenen häufig eine eher liberale Praxis der einzelnen Verbände erleben, was im Widerstreit mit tatsächlich vorhandenen Vorschriften oder einer gefühlten eher rigiden Haltung der Institution Caritas als Teil der katholischen Kirche steht. So tendiert Caritas im Erleben der Befragten eher zum homogenen beziehungsweise exklusiven als zum inklusiven Pol der Diversität. Diesbezüglich traten allerdings deutliche Unterschiede zwischen den Einrichtungsarten zu Tage. So ist es nicht unerheblich, ob es sich hier um eine Beratungsstelle oder eine Pflegeeinrichtung handelt.

Insgesamt scheint das Thema Religion nicht als großes Problem erlebt zu werden – solange es folgenlos bleibt. Ob ein Kapellenraum aber auch von Nichtchristen genutzt werden kann, ist beispielsweise eine Frage, die das damit verbundene komplexe Spannungsfeld beleuchtet. Deutlich wurde auch, dass Diversität an der Basis weit stärker erlebbar ist, als etwa in Leitungspositionen, in denen immer



Professor Michael Ebertz und Lucia Segler stellen auf dem bundesweiten Fachtag die Ergebnisse ihrer Untersuchungen zu „Caritas und Diversität“ vor.

noch die Vorstellung vom „katholischen alten weißen Mann“ vorherrschend ist. Vielfach wurden die Widersprüche zwischen der konkret erlebten Offenheit der Verbände beziehungsweise der Einrichtungen und den kirchenoffiziellen Verlautbarungen als belastend erlebt.

Die Bilanz

Als Stärken des Programms der Caritas konnten „Solidarität“, „Nächstenliebe“, „Humanität“ und „Vielfalt der Charismen“ als christliche Programmwerte ausgemacht werden, die auch generalisierbar und anschlussfähig an andere soziokulturelle Wertetraditionen sind. Die Koppelung der Caritas an die verfasste Kirche wird hingegen als Schwäche wahrgenommen. Sie stellt im Erleben der Befragten auch gleichzeitig das große Risiko dar, weil je nach (groß-)kirchlicher „Wetterlage“ Caritas unter normative Vorbehalte geraten könne. Hier droht der Caritas auch ein Glaubwürdigkeitsverlust.

Im Blick auf die Klient*innen scheint Diversität eine Selbstverständlichkeit zu sein, und auch im Blick auf das Personal gibt es eine wachsende Diversitätsakzeptanz. Hier sind aber Unterschiede zwischen den Generationen auszumachen.

Auch finden sich Diskriminierungen in allen Dimensionen: sowohl bewusst – etwa in Pflegeeinrichtungen, wenn ausländische Pflegekräfte von den Klient*innen nicht akzeptiert werden – wie auch unbewusst reproduziert. Und auch die dritte Dimension der

Diskriminierung, nämlich solche konkret zu erleben, ist vorhanden. Alle drei zusammengenommen können dazu führen, dass sich bestimmte Fachkräfte gar nicht erst bei der Caritas bewerben.

Im Blick auf die „Kultur der Caritas“ stellt die Orientierung an der christlichen Tradition (Samaritergleichnis) eine klare Stärke dar. Sie wird aber durch den Dauerkonflikt mit bestimmten Aussagen der katholischen Lehre beziehungsweise kirchlicher Tradition eingetrübt. Dies äußert sich immer noch in der Befürchtung, dass der Dienstgeber den Angestellten „unter die Bettdecke“ schaue.

Letztlich unterstreicht das Ergebnis der Studie, wie notwendig es ist, sich mit der Thematik weiter auseinanderzusetzen. Denn auch Caritas sieht sich dem Risiko gegenüber, vor dem alle gesellschaftlichen Gruppen stehen: Wer sich nämlich der wachsenden gesellschaftlichen Diversität verschließt, wird sich im Wettbewerb um Talente, Innovationen und Antworten auf die großen wirtschaftlichen Herausforderungen nicht behaupten können.

Jörg Sieger



Die Studie, beauftragt vom Diözesan-Caritasverband Freiburg, ist als Buch beim Lambertus-Verlag Freiburg erschienen.

Der Diözesan-Caritasverband Freiburg steht für Menschlichkeit und Demokratie

Statement des Vorstandes: „Menschenverachtende Überzeugungen und antidemokratische Bestrebungen haben bei uns keinen Platz.“

Angesichts von Hass und Hetze, die die politische Auseinandersetzung radikalisiert und damit auch unsere Gesellschaft zu spalten droht, setzt der Diözesan-Caritasverband ein klares Zeichen und bekennt sich zur demokratischen Grundordnung und zum Schutz der Menschenwürde und der Menschenrechte. Wir dokumentieren das Statement des Vorstandes im Wortlaut.

„Diskriminierung, Rassismus und rechtspopulistische Äußerungen sind

wieder an der Oberfläche angekommen. Tausende Menschen gehen auf die Straße, um öffentlich für unsere Demokratie und gegen antidemokratische Ideologien einzustehen. Darunter auch viele Menschen, die sich ehren- und hauptamtlich in der Caritas engagieren. Sie alle eint die Sorge und die Haltung, dass unsere demokratische Grundordnung ins Wanken geraten könnte und Menschenrechte und die Würde des Menschen geschützt werden müssen.

In dieser schwierigen Zeit braucht es dieses starke Signal jedes und jeder Einzelnen von uns, die wir für ein friedliches Zusammenleben in unserer vielfältigen Gesellschaft eintreten! Wir sind dankbar dafür, dass dieses Signal

deutlich und unübersehbar gesetzt wird!

Wir als Caritas in der Erzdiözese Freiburg sind eine wichtige Stütze unserer demokratischen Gesellschaft und können das auch weiterhin sein. Wir stärken den gesellschaftlichen Zusammenhalt, indem wir uns für die Menschen in den unterschiedlichen Lebenslagen und Lebensphasen einsetzen. Wir fördern ein Zusammengehörigkeitsgefühl – und setzen uns für ein Zusammenleben in Ruhe und Sicherheit ein. Wir stehen für Menschlichkeit!

Die Grundlage einer Demokratie ist die parlamentarische Arbeit, die wir als katholischer Spitzen- und Dachverband auf Landes- und Bundesebene auf der Basis unserer christlichen Werte unterstützen, begleiten und gemeinsam vorantreiben. Wir beteiligen uns aktiv an Gesetzgebungsverfahren und melden uns in unterschiedlichen politischen Prozessen für das Menschsein deutlich zu Wort.

Deshalb stehen wir als Caritasverband für die Erzdiözese Freiburg auf und setzen uns für unsere demokratischen Werte ein – da wo wir gefragt werden, aber auch dort, wo man es hören muss.

Menschenverachtende Überzeugungen und antidemokratische Ideologien und Bestrebungen haben bei uns keinen Platz!“

Birgit Schaer
Vorstandsvorsitzende

Henric Peeters
Vorstand



Auf den zahlreichen Demonstrationen für Demokratie und gegen Menschenverachtung wie hier in Freiburg setzt auch die Caritas ein starkes Signal für ein friedliches Zusammenleben in einer vielfältigen Gesellschaft.

Caritas Baden-Württemberg unterstützt „Bündnis für Demokratie und Menschenrechte“



Die beiden Diözesan-Caritasverbände Freiburg und Rottenburg-Stuttgart sind dem neu gegründeten „Bündnis für Demokratie und Menschenrechte“ beigetreten. Dem Bündnis haben sich zahlreiche zivilgesellschaftliche und überparteiliche Organisationen, Religionsgemeinschaften, Verbände, Landkreise, Städte und Gemeinden sowie staatliche Institutionen angeschlossen. Über 70 Vertreter*innen trafen sich bei

einem Auftakttreffen in Stuttgart und verabschiedeten eine gemeinsame Erklärung. Darin heißt es unter anderem: „Gemeinsam als Kirchen und Religionsgemeinschaften, Gewerkschaften, Verbände, Vereine, Initiativen, Unternehmen, Parteien sowie lokale Initiativen und Vereinigungen schmieden wir landesweit und auch vor Ort breite demokratische Bündnisse und stehen auf gegen Rechtsextremismus.“

Eine Konstante auf dem Weg in die Zukunft

Diözesan-Caritasverband feiert 75-jähriges Bestehen seiner Kita-Fachberatung

Seit ihren Anfängen haben die Kindergärten auf dem Weg zu den heutigen Kitas als wichtige Einrichtungen der Kinder- und Jugendhilfe viele Gestaltungsformen und

Entwicklungsstufen durchlaufen. Bereits ab 1948, also vor 75 Jahren, baute der Diözesan-Caritasverband Freiburg eine professionelle, trägerunabhängige Fachberatung auf,

mit der er seitdem die zeitgemäße Weiterentwicklung der rund 1.000 katholischen Kindertageseinrichtungen in der Erzdiözese Freiburg erfolgreich begleitet.



Festakt im Weibischhof-Gnädinger-Haus mit (v.l.) Regina Kebekus (Referatsleiterin Frühkindliche Bildung/Tageseinrichtungen für Kinder im Diözesan-Caritasverband), Generalvikar Christoph Neubrand, Diözesan-Caritasdirektorin Birgit Schaer, Professorin Nataliya Soultanian (Leiterin des Forums Frühkindliche Bildung Baden-Württemberg) und Staatssekretär Volker Schebesta.



Die Interviewrunde mit Expertinnen und Experten war sich einig: Die Fachberatung ist eine unerlässliche Stütze im enorm beanspruchten Handlungsfeld Kindertageseinrichtungen.

Das 75-jährige Bestehen feierte der Diözesan-Caritasverband mit einem Festakt im Weihbischof-Gnädinger-Haus, zu dem die Vorstandsvorsitzende Birgit Schaer zahlreiche Gäste – unter ihnen aktuelle und ehemalige Fachberater*innen, Vertreter*innen der Kita-Träger, der Kita-Trägerverbände Baden-Württemberg und der Liga BW – begrüßen konnte. Schaer wies auf die große Verlässlichkeit des Beratungsangebots des Referats Frühkindliche Bildung/Tageseinrichtungen für Kinder ein, ging aber auch auf die brisante Situation des Personalbedarfs in allen sozialen Handlungsfeldern und eben auch besonders im Bereich der Kindertagesbetreuung ein. Vor allem bei den nun ermöglichten flexiblen Lösungen in der Kindertagesbetreuung müsse man sich von der Frage leiten lassen, wie man den Kindern gerecht werden könne, betonte Birgit Schaer.

Staatssekretär Volker Schebesta vom Kultusministerium Baden-Württemberg hob in seinem Grußwort hervor, dass die fachliche Beratung von Anfang an in den damals noch so genannten „Kindergärten“ eine große

Bedeutung hatte. Das Instrument Fachberatung bleibe auch künftig eine wichtige Hilfestellung für die Kitas zur Erfüllung ihres Bildungs- und Erziehungsauftrags. Fachberatung habe eine Schlüsselfunktion zur Qualitätssicherung und Qualitätsentwicklung. Schebesta ging vor allem auf das neue Kindertagesbetreuungsgesetz Baden-Württemberg ein und wies auf den Unterstützungsbedarf zur Umsetzung des Erprobungsparagrafen hin. Hier werden die Träger in ihrer Selbstverantwortung gefragt sein, so der Staatssekretär, und mit Unterstützung unter anderem durch die Fachberatung verantwortbare regionale Modelle entwickeln können.

Der Generalvikar der Erzdiözese Freiburg, Christoph Neubrand, richtete im Anschluss seinen Blick ebenfalls auf den neuen Paragrafen und die Möglichkeit der Flexibilisierung. Er mahnte die Notwendigkeit einer externen Evaluation zum Umsetzungsprozess an. Im Rückblick auf die Kita-Landschaft der Vergangenheit stellte Neubrand heraus, dass die Fachberatungen besonders für die Pfarrer der einzige fachliche Rückhalt zur Organisation und Ma-

nagement der Kitas, für rechtlichen Grundlagen und eine Schnittstelle zum Landesjugendamt als Aufsichtsbehörde waren.

Nach einem zugespitzten Blick zurück durch Clemens Schaub, Fachberater im Ruhestand, beschrieb Professorin Nataliya Soutanian, Leiterin des Forums Frühkindliche Bildung Baden-Württemberg, in ihrem Vortrag die Fachberatung als Motor der Qualitätsentwicklung für Kindertageseinrichtungen. Fachberatung als personenbezogene, strukturentwickelnde und soziale Dienstleistung bringe den fachlichen Blick von außen zu den Einrichtungen und Trägern. Fachberatung werde gebraucht zur fachlichen Orientierung und Unterstützung, mehr denn je in diesen sehr herausfordernden Zeiten.

In einer Interviewrunde mit dem Trägervertreter Wolfgang Heintschel vom Caritasverband Singen-Hegau, der Kita-Leiterin Andrea Hartung, der Fachberaterin Eva Hessenauer und Barbara Remmlinger, Leiterin des Referats Kindertageseinrichtungen und frühkindliche Bildung im Erzbi-

schöflichen Ordinariat, wurde von allen die Fachberatung insgesamt als unerlässliche Stütze im enorm beanspruchten Handlungsfeld Kindertageseinrichtungen beschrieben, um mit den großen Belastungen klarzukommen.

Abschließend benannte Regina Kebekus, Referatsleiterin Frühkindliche Bildung/Tageseinrichtungen für Kinder im Diözesanverband, sechs Eckpunkte zur professionellen Weiterentwicklung der Caritas-Fachberatung. Für die katholischen Kinder- und Jugendhilfeeinrichtungen sei es auch mit Blick auf die künftigen neuen kirchlichen Strukturen notwendig, dass Fachberatung

- ein flächendeckendes Angebot für alle katholischen Einrichtungen und Träger sowohl in kirchengemeindlicher als auch kirchenverbandlicher Trägerschaft sei,
- vom verbandlichen Verständnis her eine personenbezogene, strukturentwickelnde, soziale Dienstleistung sowie



Pointiert und zugespitzt blickte Clemens Schaub, Fachberater im Ruhestand, auf die 75 Jahre Kita-Fachberatung zurück.

- eine externe unabhängige Dienstleistung sei,
- multiperspektivisch und vernetzt sowie
- im Team unter Nutzung der kollegialen Expertise eingebunden in den Diözesan-Caritasverband arbeiten solle und
- zur weiteren Professionalisierung der Tätigkeit mit hinreichenden personellen, strukturellen und finanziellen

Ressourcen ausgestattet werden müsse.

Mit einem großen Dankeschön für das Engagement aller ehemaligen und besonders der aktuellen Fachberater*innen und guten Wünschen für die Zukunft endete der stimmungsvolle Festakt.

Regina Kebekus

Zukunftsorientierte Neugestaltung: Kirchengebäude St. Hildegard in Mannheim könnte zu Caritas-Schule werden

Gemeinsam diskutierten die beiden Vorstände des Caritasverbandes Mannheim, Regina Hertlein und Volker Hemmerich, der Geschäftsführer und weitere Vertreter der Gesamtkirchengemeinde Mannheim, Vertreter der örtlichen Pfarrgemeinde und eines Architekturbüros sowie Vertreter des erzbischöflichen Ordinariates mit dem Vorstand des Diözesan-Caritasverbandes, Henric Peeters, bei einem Vororttermin Ende Januar die Pläne, die Kirche St. Hildegard in Mannheim-Käfertal in eine Caritas-Berufsfachschule für Pflege und Sozialpädagogik umzuwandeln. Der Pfarrgemeinderat der Katholischen Kirchengemeinde Mannheim Maria Magdalena hatte zuvor für eine mögliche Umnutzung der Kirche St. Hildegard (Käfertal) durch den Cari-

tasverband der Erzdiözese Freiburg gestimmt.

Bei dem Gespräch waren sich alle Beteiligten einig, dass das Projekt eine gelungene strategische Antwort auf die Herausforderungen darstellen kann, denen die katholische Kirche gegenübersteht. Sinkende Mitgliederzahlen und begrenzte finanzielle Mittel erfordern eine zukunftsorientierte Neugestaltung der kirchlichen Immobilien. Der Umbau böte zum einen der Caritas die Möglichkeit, ihre Bildungseinrichtungen

zu modernisieren und zum anderen auch der Gemeinde die Chance, das Gebäude für einen kirchlichen Zweck zu erhalten. (can)



Die St. Hildegard-Kirche in Mannheim-Käfertal.

Pro Caritate spendet Schlafsäcke für Gäste der Pflasterstub´

24 Schlafsäcke im Wert von insgesamt 1.500 Euro wurden gleich zu Beginn des Jahres 2024 von dem gemeinnüt-

zigen Verein Pro Caritate an die Pflasterstub´ des Caritasverbandes Freiburg-Stadt gespendet. Die Mitarbeiterinnen

und Mitarbeiter der Einrichtung für wohnungslose Menschen verteilen die Schlafsäcke an die Gäste, die sie bei den derzeitigen Temperaturen dringend benötigen.

Dominik Schatz, stellvertretender Einrichtungsleiter der Pflasterstub´, nahm die Schlafsäcke im Namen aller Besucherinnen und Besucher der Tagesstätte, medizinischen Ambulanz und Beratungsstelle für wohnungslose Menschen dankend entgegen. Susanne Beyersdorf und Jörg Kandzia, die beiden Vorsitzenden des Vereins Pro Caritate, nutzten die Spendenübergabe als Gelegenheit zum gemeinsamen Austausch. Der Verein unterstützt die Pflasterstub´ seit vielen Jahren mit Spenden für notleidenden Menschen. „Wir freuen uns jedes Jahr aufs Neue über die Zusage von Pro Caritate für den Kauf neuer Schlafsäcke. Die wohnungslosen Menschen sind wirklich sehr dankbar“, so Dominik Schatz bei der Spendenübergabe. (cfr)



Übergabe der gespendeten Schlafsäcke (v.l.): Frank Barrois (Vorstand Caritasverband), Beatrix Pfeifer (Abteilungsleiterin Caritasverband), Susanne Beyersdorf (Vorstand Pro Caritate), Dominik Schatz (stellvertretender Leiter Pflasterstub´), Jörg Kandzia (Vorstand Pro Caritate).

Menschenhandel in der Grenzregion Konstanz

Caritas Konstanz arbeitet eng mit dem Fraueninformationszentrum Stuttgart (FIZ) zusammen

Auf Einladung der Caritas Konstanz und des Fraueninformationszentrums Stuttgart informierten sich über 60 Fachleute aus Deutschland und der Schweiz über den Umfang und die Formen von Menschenhandel in der Grenzregion. Expertinnen und Experten stellten Ansätze zur wirksamen Bekämpfung und zum

Schutz der Betroffenen vor.

Frauen, die in der Prostitution tätig sind, befinden sich in vulnerablen Arbeitssituationen, kommen häufig aus dem Ausland, haben geringe Sprachkenntnisse und kaum Wissen über ihre Rechte und bestehende Hilfs- und Beratungsangebote. Das Risiko, Opfer von Zwangsprostitution und von Menschenhandel zu werden, ist enorm. In der Grenzregion um Konstanz sind

Menschenhandel und Prostitution aus der und in die Schweiz eine große Herausforderung. Die Caritas Konstanz arbeitet darum eng mit dem Fraueninformationszentrum Stuttgart (FIZ) zusammen: Caritasmitarbeitende haben an FIZ-Schulungen teilgenommen, sprechen betroffene Frauen an und vermitteln sie an kompetente Stellen weiter.

Im Mai 2023 haben die Caritas und Julika Funk, Leiterin der Chancengleich-

heitsstelle der Stadt Konstanz, einen Runden Tisch zum Thema ins Leben gerufen. Das Vernetzungstreffen im vergangenen November knüpfte daran: Die Berliner Sozialwissenschaftlerin Dorothea Czarnecki gab einen Fachimpuls, in dem sie unter anderem über die digitalen Aspekte des Menschenhandels informierte. Die Teilnehmenden von Polizei, Ämtern, Behörden, Wohlfahrtsverbänden und Beratungsstellen diskutierten, wie sie gefährdete Frauen und Opfer von Menschenhandel frühzeitig identifizieren und sie unterstützen können. (ckn)



Muriel Gahl vom Fraueninformationszentrums Stuttgart sprach vor rund 60 Fachleuten im Konstanzer Konradihaus.

Haus Zoffingen: Einweihung und Schlüsselübergabe

Nach sechs Jahren Planung, Bau und Umbau hat die Caritas-Altenhilfe Konstanz im September das Haus Zoffingen bezogen. Am 25. November fand nun die feierliche Einweihung und Schlüsselübergabe statt. Vor rund 100 Gästen dankten Landrat Zeno Danner, Oberbürgermeister Uli Burchardt und der Caritas-Aufsichtsratsvorsitzende Wolfgang Müller-Fehrenbach in ihren Grußworten allen Beteiligten: Andreas Hoffmann und Bärbel Sackmann als Projektverantwortlichen bei der Caritas, der katholischen Kirchengemeinde und Dekan Michael Teipel, dem Erzbischöflichen Ordinariat in Freiburg für die Beratung und Bezuschussung, der Stadtverwaltung und dem Gemeinderat für die sachkundige Begleitung, den Architekten für ihre unkonventionellen Ideen in denkmalgeschützter Substanz, den überwiegend regionalen Handwerksbetrieben für die Zuverlässigkeit, den Anwohnern für ihre Geduld während der Bauphase, und allen voran den Schwestern des Klosters Zoffingen unter Oberin Martina Amrhein, die durch den Verkauf des Areals an die Kirchengemeinde den Grundstein für das Pflegeheim gelegt und dessen Bau mit einer Großspende unterstützt haben.

Am Abend folgte die festliche Einweihung und Segnung der Kapelle des Pflegeheims Zoffingen durch Erzbischof Stephan Burger, der die großen Anstrengungen für die Verwirklichung und die Bedeutung des Pflegeheims für die Nachbarschaft und Stadt hervorhob. (ckn)

Erzbischof Stephan Burger weiht die Kapelle des Pflegeheims Zoffingen.



Udo Wankelmuth ist nicht mehr Vorstand

Nach acht Monaten im Amt hat der bisherige Vorstand der Caritas Konstanz, Udo Wankelmuth, seinen Posten zum Ende des Jahres 2023 aufgegeben. Dem Vernehmen nach wurde die Ent-

scheidung im gegenseitigen Einvernehmen aus familiären Gründen getroffen. Der studierte Volkswirt Wankelmuth war vor seiner Konstanz Station viele Jahre lang Geschäftsführer der Fach-

klinik Caritas-Haus Feldberg, einem interdisziplinären Therapiezentrum. Seit Mai 2023 war er für den Konstanz Caritasverband zuständig. (can)

Caritasverband Mannheim e.V.

EU fördert Rückkehrberatung im Netzwerk Nordbaden

Projekt erneut bewilligt – Mannheimer Caritas koordiniert vier Verbände

Die Rückkehrberatung in der Metropolregion Rhein-Neckar geht weiter: Die finanzielle Förderung des Projekts „Rückkehrberatung Netzwerk Nordbaden“ von mehreren Wohlfahrtsverbänden durch einen Fonds der Europäischen Union wurde bewilligt.

Das Angebot richtet sich an Migrantinnen und Migranten, die dauerhaft in ihr Heimatland zurückkehren möchten und Beratung oder finanzielle Unterstützung benötigen. Die Gründe für diesen Wunsch sind vielfältig: Einige bekommen in Deutschland kein dauerhaftes Aufenthaltsrecht, andere finden hier keine Arbeit, wieder andere haben Heimweh, möchten zurück zu ihrer Familie.

Caritas und Diakonie arbeiten im Netzwerk zusammen

Im Netzwerk Nordbaden arbeiten der Caritasverband Mannheim, das Diakonische Werk der Evangelischen

Kirche Heidelberg, der Caritasverband Karlsruhe und der Caritasverband Neckar-Odenwald-Kreis zusammen. Die Koordination liegt beim Mannheimer Caritasverband. Die Beraterinnen und Berater tauschen sich bei regelmäßigen Treffen aus, was den Wissenspool erweitert und die Qualität der Beratungen stetig steigert.

Die Beratungsstellen in Mannheim, Heidelberg, Karlsruhe und Buchen informieren und unterstützen bei der Planung, Organisation und Durchführung einer freiwilligen Rückkehr mit dem Ziel, dass die Menschen sicher und mit einer Perspektive in ihr Heimatland zurückkehren können. Sie können finanzielle Hilfen zur Verfügung stellen, zum Beispiel für die Reise oder für eine Existenzgründung, und stellen den Kontakt zu Organisationen im Heimatland her, die die Unterstützung vor Ort weiterführen. Insbesondere richtet sich das Angebot an Menschen mit größerem Unterstützungsbedarf, zum Beispiel mit psychischen und physischen Erkrankungen. 2022 und 2023 konnten 192 Personen mit Hilfe der Fachberatungsstellen zurückkehren.

Beratung ist freiwillig und ergebnisoffen

Die Beratung ist freiwillig, vertraulich und ergebnisoffen. Sie kann auch dann genutzt werden, wenn jemand noch nicht weiß, ob er oder sie zurückkehren möchte, und bei der Entscheidungsfindung helfen.

Die Rückkehrberatung Netzwerk Nordbaden ist ein europäisch gefördertes Projekt aus dem Asyl-, Migrations- und Integrationsfonds (AMIF) des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge. Darüber hinaus wird es vom Land Baden-Württemberg und von den Städten Mannheim, Heidelberg, Karlsruhe, vom Rhein-Neckar-Kreis und dem Neckar-Odenwald-Kreis gefördert. – Weitere Informationen und Kontaktadressen unter: www.caritas-mannheim.de. (cvm)

Caritas-Präventionsprojekt erhält Herzogin-Marie-Preis

„Snow White – lass dich nicht verführen“ stärkt Medienkompetenz und soll Essstörungen vorbeugen

Das Präventionsprojekt „Snow White – lass dich nicht verführen“ des Caritasverbands Mannheim wurde mit dem Herzogin-Marie-Preis 2023 der Stiftung Präventive Jugendhilfe ausgezeichnet. Bei der feierlichen Preisverleihung im Florian-Waldeck-Saal des Reiss-Engelhorn-Museums war Ihre Königliche Hoheit Marie Herzogin von Württemberg persönlich anwesend, um den mit 25.000 Euro dotierten Preis zu überreichen. Und war voll des Lobes für das Projekt.

Es sei „mit viel Herzblut, Klugheit, Empathie und Engagement erarbeitet worden“, so die Stiftungsschirmherin. „Das Projekt bietet eine mögliche Antwort auf die schreckliche Entwicklung, denn es bietet Antworten, die wir jetzt brauchen.“ Das „Snow White“-Team habe „etwas ganz Wunderbares geschaffen und auf die Beine gestellt. Die Stiftung dankt und gratuliert Ihnen von ganzem Herzen.“ Dabei wolle man noch einen Schritt weitergehen, um Nachahmer für dieses Projekt zu finden und diese gute Idee weiter in die Welt zu tragen, so die Herzogin. So sind 10.000 Euro des Preisgelds dafür vorgesehen, das Konzept in der Fachöffentlichkeit zu verbreiten.

Mannheims Oberbürgermeister Christian Specht begrüßte die Gäste

im ehemaligen Ratssaal und betonte, dass besonders die Suchtprävention in einer Stadt wie Mannheim eine besondere Rolle spiele. Auch Specht lobte das Herzblut-Engagement der Caritas-Mitarbeiterinnen Ann-Kathrin Truber und Charlotte Zimmer, denen es gelungen sei, in bereits 60 Schulklassen mit Präventions-Workshops zu Gast zu sein. Weiterhin dankte Specht auch der Leiterin der Suchtberatung Beate Dörflinger.

„Ich stehe heute hier voller Dankbarkeit“, sagte Regina Hertlein, Vorstandsvorsitzende des Caritasverbands Mannheim. Sie spüre „eine enge Verbundenheit und einen großen melodischen Gleichklang mit den Zielen der Stiftung und mit den Zielen von uns als Caritasverband Mannheim.“ Zugleich begrüßte Hertlein den katholischen Stadtdekan Karl Jung, der auch Vorsitzender des Caritasrates ist: „Es ist wunderbar, wie wir hier in



Marie Herzogin von Württemberg (Mitte) überreichte den Preis an Beate Dörflinger, Leiterin der Suchtberatung (2.v.l.), sowie die Projektmitarbeiterinnen Ann-Kathrin Truber (l.) und Charlotte Zimmer (neben Sebastian Kruggel, stellv. Stiftungsvorstand).

Mannheim Kirche und Caritas zusammenbringen.“

Der Verband sei sehr dankbar für das Engagement von Stiftungen, durch das echte Not gelindert werde, betonte Hertlein weiter. Das beinhalte nicht nur „das beachtliche finanzielle, sondern genauso auch das ideelle Engagement, das Mitarbeiten an sozialen – wir würden auch sagen: christlichen – Zielen und die wertorientierte Mitgestaltung unserer Gesellschaft.“ Die Stiftung Präventive Jugendhilfe trage mit dazu bei, dass sich Lebenssituationen von Kindern und Jugendlichen verbessern, so Hertlein. Kinder und Jugendliche seien die Zukunft „und bei ihnen

anzusetzen, ist zukunftsweisend und nachhaltig. Alles, was wir präventiv investieren, zahlt sich langfristig aus.“

Den Zusammenhang von Essstörungen und sexualisierter Gewalt thematisierte Susanne Lang, Professorin für Kinder- und Jugendarbeit, Jugendbildung und Medienpädagogik an der Hochschule Mannheim, in ihrer Laudatio. Die Initiatoren von „Snow White“ hätten genau diesen Zusammenhang mit „Mut und Tatkraft“ herausgestellt. „Sie haben mit ihren Workshops in kürzester Zeit schon unglaublich viel erreicht“, attestierte Lang. „Sie verdienen nicht nur diesen wunderbaren Herzogin-Marie-Preis 2023.“ Politik und Gesellschaft

seien darüber hinaus gefordert, solche Initiativen mit einer guten und soliden Förderung zu versehen.

Die Stiftung Präventive Jugendhilfe fördert seit 1992 präventive, innovative und wegweisende Sozialprojekte. Mit dem Caritas-Projekt „Snow White“ ist es gelungen, ein Angebot für Kinder und Jugendliche zu schaffen, das am Puls der Zeit ist. Es soll einen gesunden und kritischen Umgang mit sozialen Medien stärken und damit Essstörungen vorbeugen. – Weitere Informationen zur Stiftung gibt es unter www.praeventive-jugendhilfe.de und zum Projekt unter www.caritas-mannheim.de.

Feierliche Altarweihe in der neu gestalteten Kapelle

Gottesdienst in der Seniorenresidenz Niederfeld mit Weihbischof Würtz

Die Kapelle in der Seniorenresidenz Niederfeld erstrahlt in neuem Glanz: Sie wurde komplett umgestaltet und hat einen eigenen Namen bekommen. Im Mittelpunkt steht ein neuer Altar, der in einem Gottesdienst mit Weihbischof Christan Würtz feierlich geweiht wurde.

„Als der Caritasverband die Seniorenresidenz Niederfeld im Jahr 2020 zusammen mit der Luise-Stephanien-Stiftung übernommen hat, wurde schnell deutlich, dass in diesem Haus baulich investiert werden muss. Das haben wir getan. Auch die Kapelle im Stil der 1980er Jahre brauchte ein Lifting“, sagte Regina Hertlein, Vorstandsvorsit-

zende des Caritasverbands Mannheim in ihrer Begrüßung. „Da für uns als Caritasverband ein Ort des Gebets und Gottesdienstes wesentlich in der Pflege und Betreuung von Seniorinnen und Senioren ist, haben wir uns dieser Aufgabe gestellt.“

Beauftragt wurde die Amend Holzdesignmanufaktur aus dem Odenwald, welche schon das Mobiliar für andere Caritas-Kapellen hergestellt hat. Sie fertigte nicht nur den neuen Altar, sondern auch einen Ambo, eine Stele für den Tabernakel, welchen die Kirchengemeinde Mannheim Südwest gespendet hat, einen Kerzenleuchter und Schränke an – alles aus Nussbaum. Das Altarbild mit dem Titel „Labyrinth des Lebens“ von Regina Hertlein zeigt das Labyrinth der Kathedrale von Chartres, eingebettet in die vier Jahreszeiten. Das Kreuz, ein Geschenk von Pfarrer

Johannes Schäfer, wurde zum Standkreuz umgearbeitet. Neu sind auch die Lampen und der Teppich.

Das Patronat der Kapelle sollte sowohl einen Bezug zur benachbarten evangelischen Markuskirche als auch zur katholischen Maria Hilf Kirche herstellen. Deshalb bekam sie den Namen „Marie und Marc – Kapelle zur Zuversicht“. „Sie soll ein Ort der Zuversicht sein, gerade in dieser unserer taumelnden Welt mit ihren großen Krisen“, so Regina Hertlein.

„Um den Altar ist Platz für alle, alle sind hierher eingeladen, um zur Ruhe zu kommen, zu beten oder auch mit Gott zu hadern“, sagte Weihbischof Christian Würtz. „Möge die Kapelle ein Ort des Dankes, des Friedens, des Trostes und der Zuversicht sein.“ In feierlicher Zeremonie weihte er den Altar. Dazu

gehörten das Besprengen mit Weihwasser, die Salbung mit Öl und das Anzünden von Weihrauch an fünf Stellen, die die Wundmale Christi symbolisieren. Auch der Ambo und der Tabernakel wurden gesegnet. Anschließend zelebrierte er auf dem Altar gemeinsam mit Dekan Karl Jung und Diakon Jörg Riebold die erste Eucharistiefeier.

Bei der Zeremonie waren neben dem Caritas-Vorstand auch der Aufsichtsrat der Seniorenresidenz Niederfeld sowie der Caritasrat vertreten, außerdem die Einrichtungsleitung, der Heimbeirat, die Mitarbeitervertretung und die katholische Kirchengemeinde. Ein weiterer Gast war Schwester Philipina vom Orden der Soeurs Bene-Mariya, die vor einigen Monaten aus Tansania nach Deutschland gekommen ist. Sie zieht in Kürze als erste Schwester in den neuen Konvent, der in der Seniorenresidenz entsteht. Vier weitere Schwestern aus Burundi werden noch erwartet.

Julia Koch



Weihgebet für den Altar in der neu gestalteten Kapelle mit Weihbischof Christian Würtz sowie (v.l.) Diakon Jörg Riebold, Dekan Karl Jung und Ulrich Maier, Zeremoniar des Bischofs.

Caritasverband für das Dekanat Sigmaringen-Meßkirch e.V.

Wechsel im Vorstand des Caritasverbandes

Karl-Arthur Unger geht nach 40 Dienstjahren in den Ruhestand – sein Nachfolger ist Sebastian Metzger

Beim Caritasverband für das Dekanat Sigmaringen-Meßkirch gab es einen Wechsel im zweiköpfigen hauptamtlichen Vorstand. Karl-Arthur Unger ist nach über 40 Dienstjahren in den unterschiedlichsten Funktionen Ende November 2023 in den Ruhestand gegangen, sein Nachfolger ist seit dem 1. Dezember 2023 Sebastian Metzger.

Dem Aufsichtsrat des Caritasverbandes war es wichtig, frühzeitig die Weichen zu stellen, weshalb Sebastian Metzger bereits im März 2023 zum neuen Vorstand ab Dezember bestellt wurde. Der Vorsitzende des Vorstandes, Alexander Sperl, wurde ebenfalls bereits frühzeitig im September 2023 für eine weitere Amtszeit von fünf Jahren bestätigt, um eine langfristige Kontinuität an der Spitze des Caritasverbandes sicherzustellen.

Karl-Arthur Unger war seit 1983 in den unterschiedlichsten Funktionen und

Bereichen beim Caritasverband tätig. Ab dem Jahr 2002 war er in leitender Funktion, seit 2009 dann gemeinsam mit Alexander Sperl in der Geschäftsführung und ab 2019 hauptamtlicher Vorstand. In seiner Amtszeit hat er den Verband entscheidend mitgeprägt und viel zu seinem heutigen Bild mit insgesamt 25 verschiedenen Einrichtungen und Diensten beigetragen.

Sebastian Metzger ist bereits seit fünf Jahren in leitender Stellung beim Caritasverband tätig. Der gelernte Sozialwirt stammt aus der Raumschaft



Vorstand Karl-Arthur Unger ist nach über 40 Dienstjahren bei der Caritas in den Ruhestand getreten.

und ist deshalb mit den Strukturen und Netzwerken des Caritasverbands Sigmaringen gut vertraut.

Der Aufsichtsrat und der Vorstandsvorsitzende Alexander Sperl dankten Karl-Arthur Unger für sein großes Engagement und freuen sich nun auf eine weitere gute und konstruktive Zusammenarbeit mit dem neuen Vorstandsmitglied Sebastian Metzger.

Auch im Aufsichtsrat des Verbandes gab es Veränderungen. In der zu-

rückliegenden Vertreterversammlung standen nach fünf Jahren wiederum Neuwahlen zum Aufsichtsrat an. Nach sehr langjähriger ehrenamtlicher Tätigkeit schieden Waltraud Frensch und Wolfgang Holl aus dem Gremium aus. Beide erhielten für das große Engagement das Caritas-Ehrenzeichen in Silber des Deutschen Caritasverbandes. Die übrigen sieben Mitglieder des Aufsichtsrates traten wieder zur Wahl an, Martina Schäfer wurde in ihrem Amt als Aufsichtsratsvorsitzende bestätigt, ebenso der stellvertretende Vorsitzende



Neues Vorstandsmitglied ist seit Dezember 2023 Sebastian Metzger, der bereits seit fünf Jahren im Verband tätig ist.

des Aufsichtsrates, der Militärseelsorger Pater Stefan Havlik. Darüber hinaus wurden Thomas Kugler sowie Alfred Stecher neu ins Gremium gewählt.

Dem Aufsichtsrat des Caritasverbandes gehören nun folgende Personen an: Martina Schäfer (Aufsichtsratsvorsitzende), Pater Stefan Havlik (stellv. Aufsichtsratsvorsitzender), Peter Baumeister, Harald Fischer, Hartmut Höfler, Thomas Jerg, Thomas Kugler, Dekan Stefan Schmid und Alfred Stecher. (sem)

Caritasverband im Tauberkreis e.V.

„Ich bin nicht als Alleinunterhalter unterwegs“

Diakon Michael Baumann über seine Erfahrungen in der Stabsstelle Seelsorge

Im Oktober 2022 wurde im Caritasverband im Tauberkreis die neue Stabsstelle Seelsorge geschaffen. Aufgabe und Ziel der Stelle ist es, das kirchliche Profil des Verbandes weiter zu schärfen und sowohl für die Klienten als auch für die Mitarbeitenden eine Ansprechperson für

seelsorgerliche Angelegenheiten zu bieten. Durch die vielfältigen (spirituellen) Angebote soll das Miteinander gestärkt und den Menschen eine wertvolle Lebenshilfe angeboten werden. Mit Diakon Michael Baumann konnte die Stelle nicht nur kompetent, sondern

auch menschlich passend besetzt werden. Michael Baumann hatte sich zuvor bereits seit vielen Jahren ehrenamtlich im Caritasverband engagiert. Die neue Stabsstelle hat sich in kürzester Zeit im Verband etabliert und wird aus den Diensten und Einrichtungen rege angefragt.

Im folgenden Interview haben wir Michael Baumann über seine bisherigen Erfahrungen befragt.

Herr Baumann, was hat Sie motiviert, nach vielen beruflichen Jahren im Handwerk, noch einmal den Arbeitgeber zu wechseln und den Caritasverband als Stabsstelle Seelsorge zu unterstützen?

Baumann: Viele Jahre war ich im Handwerk als Schreinermeister mit Hobel und Akku nah bei den Menschen, aber auch in meiner ehrenamtlichen Tätigkeit in der Pfarrgemeinde. Heute darf ich dies als Diakon in der Caritas mit einem offenen Ohr und ermutigendem Wort sein. Auf diese Weise für die Menschen da sein, Caritas und Kirche zu gestalten und erlebbar zu machen, ist die schönste Motivation. Die Tatsache, dass ich sowohl den Caritasverband als auch die Verantwortlichen gut kenne und deren Arbeit sehr schätze, hat mir diese Entscheidung noch leichter gemacht, ebenso die vielen Erfahrungen, die ich bisher in der Seelsorge machen durfte.

Haben Sie das Gefühl bei den Menschen mit Ihren Angeboten landen zu können?

Baumann: Diese Frage kann ich mit einem klaren „Ja“ beantworten. Ich habe zunächst alle Einrichtungen besucht und an vielen Teambesprechungen teilgenommen. Dabei habe ich eine große Offenheit erlebt. Mittlerweile konnte ich schon viele Angebote in Form von Impulsen, Gottesdiensten, Mitgestaltung von Festen und Feiern machen, die sehr gut angenommen werden. Das Erfreuliche ist, dass sich immer aus den Reihen der Mitarbeitenden des Caritasverbandes Personen gefunden haben, die diese Veranstaltungen mit vorbereitet und durchgeführt haben. Ich bin nicht als Alleinunterhalter unterwegs, sondern in einem guten Miteinander. Das ist mir sehr wichtig. Auch die persönlichen (Seelsorge-)Gespräche, sowohl mit den Mitarbeitenden als auch den Klienten,



In Gottes Namen für die Menschen da sein: Diakon Michael Baumann bei der Segnung des Bewegungspfades in der Caritas-Werkstätte Lauda.

werden immer mehr angenommen. Der Kalender ist gut gefüllt.

Warum braucht es eine Stabsstelle Seelsorge im Verband und wo sehen Sie die Schwerpunkte Ihrer Aufgaben?

Baumann: Die Tatsache, dass die Angebote so gut angenommen und auch eingefordert werden, spricht für sich. Ich habe den Eindruck, dass es seitens der Mitarbeitenden als ein starkes Zeichen der Wertschätzung empfunden wird, dass der Verband diese Stelle geschaffen hat. Dadurch gibt es nicht nur einen Beauftragten für Brandschutz, Datenschutz, Gebäudesicherheit und so weiter, sondern auch für die Menschen, die hier arbeiten, wohnen, tätig sind. Mir ist es wichtig, für die Menschen in ihren unterschiedlichen Situationen einfach da zu sein, ihnen durch die Gottesdienste und anderen Angebote eine Kraftquelle für ihr

Leben zu vermitteln und das Miteinander zu fördern. Es braucht diese Stelle, damit das christliche Profil des Verbandes und seiner Dienste und Einrichtungen noch mehr zum Ausdruck kommt und vor allem erleb- und erfahrbar wird.

Was war für Sie bisher das Highlight Ihrer Tätigkeit im Verband?

Baumann: Da gibt es nicht DAS Highlight, sondern viele: angefangen von der Art, wie ich hier aufgenommen und eingeführt wurde bis hin zu den vielen Begegnungen und vor allem den tollen Gottesdiensten in ihrer ganzen Vielfalt und Lebendigkeit. Es ist für mich eine Freude, ein klein wenig dazu beizutragen, „der Botschaft Jesu Christi ein Gesicht zu geben“, „ganz nah am Menschen“, wie es im Leitbild des Caritasverbandes an erster Stelle steht. IGN – in Gottes Namen: Das ist mein persönliches Leitwort.



Von den Caritas-Mitarbeitenden erfährt Diakon Baumann viel Unterstützung, zum Beispiel bei der Vorbereitung zum Ernte-Dank-Fest im Caritas-Altenpflegeheim Otto-Rauch-Stift.

Alarmierender Anstieg: Wohnungsnot erreicht erneuten Höchststand

Liga-BW fordert entschlossene Maßnahmen von Land und Kommunen

Immer mehr Menschen geraten in Baden-Württemberg in Wohnungsnot und sind auf professionelle Beratung und Unterstützung angewiesen. Das ist ein Ergebnis der Stichtagerhebung der Liga der freien Wohlfahrtspflege in Baden-Württemberg, deren besorgniserregende Zahlen im Rahmen einer Pressekonferenz veröffentlicht wurden.

Insgesamt 12.688 Menschen wurden am 29. September 2023 in Einrichtun-

gen und Diensten der Wohnungsnotfall- und Straffälligenhilfe in Baden-Württemberg beraten und unterstützt. Zum zweiten Mal in Folge wird ein neuer Höchststand erreicht. Die Liga-BW fordert das Land und die Kommunen dazu auf, ihrer Verantwortung für die Situation von wohnungslosen Menschen entschlossener nachzukommen und wirksame Hilfsangebote auszubauen.

„Die Zahl der Hilfesuchenden in den Diensten und Einrichtungen der Wohnungsnotfall- und Straffälligenhilfe erreicht erneut einen besorgniserregenden Höchststand. Zehn Jahre

nachdem das Land eine wegweisende Studie zum Ausmaß von Wohnungslosigkeit in Baden-Württemberg auf den Weg gebracht hat, müssen wir heute feststellen: Das Problem der Wohnungslosigkeit in Baden-Württemberg bleibt nicht nur ungelöst, sondern hat sich seitdem sogar deutlich verschärft“, erklärte der Vorstandsvorsitzende der Liga-BW, Marc Groß.

Bei den Menschen, die mit den vielfältigen Angeboten der Wohnungsnotfallhilfe unterstützt werden, werden die sozialen Folgen der umfassenden Krisen der letzten Jahre in aller Deutlichkeit sichtbar. „Der Mangel an bezahlbarem Wohnraum in Baden-Württemberg



Der Mangel an bezahlbarem Wohnraum in Baden-Württemberg ist seit Jahren eklatant. Menschen, die ihre Wohnung verloren haben, sind hiervon besonders betroffen.

ist seit Jahren eklatant. Hiervon sind Menschen, die ihre Wohnung verloren haben, besonders betroffen. Die Rückkehr in eigenen Wohnraum gelingt nur selten“, erläuterte Marc Groß. Die Politik müsse dringend handeln. Präventive und vernetzt arbeitende Unterstützungsangebote seien auszuweiten und zu stärken. Die Sicherung von Wohnraum für Menschen, die sich in Schwierigkeiten befinden, habe Priorität. „Dringend notwendig sind zudem Förderprogramme, die gezielt Wohnraum für Menschen schaffen, die sich in verfestigter Wohnungslosigkeit befinden“, so Groß weiter.

Existenzielle Notlage wird häufig zum Dauerzustand

Häufig werde die existenzielle Notlage zu einem Dauerzustand, in dem eine Abwärtsspirale einsetze. Mit schwerwiegenden Folgen für die Betroffenen. „Mit Sorge beobachten wir, dass nicht nur die Zahl der Menschen in Not zunimmt, die wir versorgen. Hinzu kommt,

dass die individuellen Problemlagen immer komplexer und herausfordernder werden. Unsere Kolleginnen und Kollegen weisen verstärkt auf massive gesundheitliche Beeinträchtigungen, psychische Erkrankungen und Verelendungssymptome bei den Hilfesuchenden hin“, berichtete Simon Näckel, Sprecher des Liga-Unterausschuss Wohnungsnotfall- und Straffälligenhilfe. „Die Anforderungen an die professionelle Hilfe sind weiter gestiegen. Die Wohnungsnotfallhilfe arbeitet seit langem an, häufig über der Belastungsgrenze, um Notlagen zu lindern oder zu überwinden.“

Auch der demografische Wandel zeichnet sich bei den Hilfesuchenden ab. Der Anteil der über 50-jährigen Menschen, die in der Wohnungsnotfallhilfe unterstützt werden, nimmt seit Jahren kontinuierlich zu und liegt mittlerweile bei über 43 Prozent. „Ältere und vorgealterte wohnungslose Menschen weisen häufig besondere gesundheitliche Beeinträchtigungen auf und sind

besonders vulnerabel. Sie benötigen spezifische Unterstützungsangebote der gesundheitlichen Versorgung und Pflege“, so Simon Näckel. Die Liga-BW und die kommunalen Spitzenverbände haben aus diesem Grund gemeinsame Empfehlungen für die Sicherung und Weiterentwicklung bedarfsgerechter Angebote für ältere und pflegebedürftige Personen erarbeitet. „Wir erwarten, dass diese Empfehlungen flächendeckend umgesetzt werden“, forderte Näckel.

Die Liga der freien Wohlfahrtspflege in Baden-Württemberg hat zum 32. Mal in den Diensten und Einrichtungen der öffentlichen und freien Wohlfahrtspflege die Anzahl der Bürger*innen in den Hilfen nach den Paragrafen 67 ff. SGB XII in Baden-Württemberg erhoben. Beteiligt waren insgesamt 349 kommunale und freie Träger der Wohnungsnotfall- und Straffälligenhilfe. Die meisten der erfassten Personen nutzen die ambulanten Angebote wie Fachberatungsstellen oder Tagesstätten. (can)

In der Pflege ist eine riesige Personallücke absehbar

In den kommenden Jahren gehen auch immer mehr Pflegekräfte in Rente

Die alternde Gesellschaft sorgt für einen wachsenden Bedarf an Pflegekräften. Bis zum Jahr 2049 werden nach Berechnungen des Statistischen Bundesamtes in Wiesbaden voraussichtlich zwischen 280.000 und 690.000 Pflegekräfte fehlen. Nach Angaben der Statistiker wird der Bedarf an erwerbstätigen Pflegekräften von

1,62 Millionen im Vor-Corona-Jahr 2019 voraussichtlich um 33 Prozent auf 2,15 Millionen 2049 steigen.

Zur Entwicklung der Zahl der Pflegekräfte haben die Experten zwei Varianten mit unterschiedlichem Fokus auf demografische und gesellschaftliche Veränderungen vorausberechnet. Die sogenannte „Trend-Variante“ berücksichtigt neben der demografischen Entwicklung auch die positiven Trends

am Pflegearbeitsmarkt aus den 2010er Jahren. Sie verdeutlicht somit die Potenziale, die sich für das Angebot an Pflegekräften bei einer Fortsetzung dieser Entwicklung in den Pflegeberufen ergeben.

Danach steigt die Zahl der erwerbstätigen Pflegekräfte bis 2034 auf 1,74 Millionen (plus sieben Prozent gegenüber 2019) und anschließend bis 2049 auf 1,87 Millionen (plus 15 Prozent). Nach dieser günstigsten Variante der Vorausberechnung läge die Zahl der ver-

fügbaren Pflegekräfte bereits im Jahr 2034 um 90.000 unter dem erwarteten Bedarf. Bis 2049 würde sich diese Lücke weiter auf voraussichtlich 280.000 Pflegekräfte vergrößern, sodass knapp ein Fünftel (plus 17 Prozent) mehr Pflegekräfte benötigt würden, als 2019 in diesen Berufen arbeiteten.

Die sogenannte „Status quo-Variante“ zeigt dagegen ausschließlich die Auswirkungen der demografischen Entwicklungen auf die künftige Zahl an

Pflegekräften. Sie berücksichtigt folglich keine Trends der Vergangenheit auf dem Pflegearbeitsmarkt. Nach dieser Variante würde die Zahl der Pflegekräfte von 1,62 Millionen im Jahr 2019 bis 2034 auf 1,48 Millionen (minus neun Prozent gegenüber 2019) und dann bis 2049 auf 1,46 Millionen (minus zehn Prozent) sinken. Haupttreiber dieser Entwicklung ist das verstärkte Erreichen des Renteneintrittsalters der Babyboomer-Generation in den nächsten zehn Jahren,

wodurch dem Arbeitsmarkt alleine aus Altersgründen benötigte Pflegekräfte fehlen werden.

Nach dieser ungünstigsten Variante der Vorausberechnung würden im Jahr 2034 rechnerisch 350.000 Pflegekräfte fehlen. Bis zum Jahr 2049 würde sich diese Lücke sogar auf 690.000 fehlende Pflegekräfte ausweiten, was gut zwei Fünfteln (43 Prozent) der im Jahr 2019 in Pflegeberufen tätigen Personen entspricht. (kna)

Erzbistum Freiburg ernennt Pfarrer für künftige Großpfarreien

Kirchenentwicklung 2023: Weiterreichende Veränderungen stehen an

Aus 1.000 Pfarreien werden 36: Das Erzbistum Freiburg will damit zukunftsfeste Strukturen für Seelsorge und Glaubensleben schaffen. Und reagiert damit auf den vorausgesagten und längst deutlich spürbaren Rückgang bei der Zahl von Gläubigen, Pastoralreferentinnen und Priestern. „Ich bin überzeugt, dass die neuen Strukturen für die kommenden Jahrzehnte tragen werden. Unter dem Dach der Pfarreien entstehen neue Chancen für Glauben und christliches Leben vor Ort“, so Erzbischof Stephan Burger.

In den Sonntagsgottesdiensten am 21. Januar wurden die Katholikinnen und Katholiken zwischen Bodensee und Odenwald informiert, wer ihre neue Großpfarreie künftig leiten wird und welchen Namen die neuen Pfarreien tragen. Jeweils eine Pfarrei wird es



Erzbischof Stephan Burger ist überzeugt, dass die neuen Strukturen für die kommenden Jahrzehnte tragen werden.

ab 1. Januar 2026 beispielsweise in den Städten Mannheim, Heidelberg, Freiburg und Konstanz geben. Die größte neue Pfarrei ist Bruchsal mit rund 110.000 Katholikinnen und Katholiken, die kleinste Lauda in der Region

Odenwald-Tauber mit etwa 20.000.

Grundlage der Zusammenlegung der Pfarreien ist die kirchenrechtliche Vorgabe, dass eine Pfarrei nur von einem Priester geleitet werden darf. Aktuell sind im Erzbistum rund 360 Priester tätig, hinzu kommen etwa 300 Ruhestandsgeistliche, die vielfach noch in der Seelsorge mitarbeiten. Die Priesterzahl wird in den kommenden Jahren stark sinken, weil sich aktuell nur wenige Männer zum Priester weihen lassen. Frauen dürfen in der katholischen Kirche nicht Priesterinnen werden.

Gleichzeitig wird die Gesamtzahl der Katholikinnen und Katholiken zurückgehen. Laut Prognosen wird sich ihre Zahl in den kommenden Jahrzehnten halbieren. 2019 zählte das Erzbistum rund 1,8 Millionen Katholiken. 2060 könnten es dann noch 900.000 sein.

„Wir stehen vor großen Veränderungen. Und noch ist nicht genau klar, wie das kirchliche Leben vor Ort künftig aussehen wird. Und das sorgt bei vielen für Unsicherheiten und Bedenken“, berich-

tet die Vorsitzende des Diözesanrats, Martina Kastner. Zugleich erlebe sie vor Ort eine Aufbruchstimmung.

In den neuen Großpfarreien sind in den kommenden Wochen und Monaten Arbeitskreise und Gesprächsrunden geplant, um abzustecken, welche Schwerpunkte und Perspektiven die vor Ort engagierten Katholiken setzen wollen. „Das wird nicht zentral vorgegeben. Jeder kann hier eigene Akzente

setzen“, betont Kastner. Münden sollen diese Überlegungen jeweils in einem Leitbild der neuen Pfarrei.

Kern der kirchlichen Strukturreform ist es, Finanzen, Bürokratie und Verwaltung an einem Ort zu bündeln. Und so den anderen Seelsorgenden und in der Kirche Engagierten Freiräume zu schaffen. Zur Pfarrei-Leitungsebene wird neben dem Pfarrer eine leitende Referentin oder ein leitender Referent

sowie ein Pfarrei-Ökonom gehören. Auch soll anstelle der zahlreichen einzelnen Kirchengemeinderäte jeweils pro Großpfarre ein gemeinsames Gremium aus gewählten Vertretern entstehen. Die Wahlen dazu finden im Herbst 2025 statt. Die Planer hoffen, vor Ort dann zusätzlich für einzelne Projekte Ehrenamtliche zu finden.

Volker Hasenauer

Goldenes Caritas-Ehrenzeichen für Helmut Eitenbenz

Fast 25 Jahre lang war Helmut Eitenbenz Vorstandsvorsitzender der Kirchlichen Sozialstation St. Martin Nördlicher Kaiserstuhl mit Sitz in Endingen am Kaiserstuhl. Eitenbenz, der früher auch Bürgermeister der Stadt Endingen war, hat in seiner Amtszeit das Angebot der Sozialstation vielfältig ausgebaut und allein zwei Tagespflegeeinrichtungen angegliedert.

In einem feierlichen Gottesdienst mit einem anschließenden Empfang wurde Helmut Eitenbenz (Mitte) aus dem Vorstandsamt verabschiedet. Aus diesem Anlass wurde ihm das Goldene Caritas-Ehrenzeichen verliehen. Die Auszeichnung überbrachten ihm die Aufsichtsratsvorsitzenden des Caritas-



verbandes für den Landkreis Emmendingen Dekan Stefan Meisert (links) und

des Caritasverbandes für die Erzdiözese Freiburg Peter Weiß (rechts).

Unwort des Jahres lautet „Remigration“

Sprachexperten: Ausdruck ist Kampfbegriff der Neuen Rechten

Der Begriff „Remigration“ ist zum Unwort des Jahres 2023 gewählt worden. Rechte Parteien und Rechtsextreme würden den Aus-

druck beschönigend für ihre Forderung nach Zwangsausweisungen und Deportationen missbrauchen, erläuterte die Unwort-Jury in Mar-

burg. Remigration sei ein „rechter Kampfbegriff“ und eine „beschönigende Tarnvokabel“.

Bitte lesen Sie weiter auf Seite 48

Ziel der rechten und rechtsextremen Gruppen sei es, den aus der Sozialwissenschaft stammenden, ursprünglich wertneutralen Fachbegriff ideologisch zu vereinnahmen und umzudeuten. „Die Neue Rechte zielt mit dem Wortgebrauch darauf ab, kulturelle Hegemonie und ethnische Homogenität zu erlangen. Das, was mit der Verwendung des Wortes gefordert wird, verletzt freiheitliche und bürgerliche Grundrechte von Menschen mit Migrationsgeschichte“, sagte Jury-Sprecherin Constanze Spieß. Zuletzt war der Begriff in der politischen Debatte allgegenwärtig. Denn es war bekannt geworden, dass bei einem AfD-Treffen mit Rechtsextremen über Ideen und Forderungen der Remigration gesprochen wurde.

Auf die Plätze zwei und drei der Unwort-Liste 2023 wählte die Sprachjury die Begriffe „Sozialklimbim“ und „Heizungs-Stasi“. Der Ausdruck „Sozialklimbim“ sei im Zusammenhang mit der politischen Diskussion um Sozialleistungen und Kindergrundsicherung

entstanden, erklärte die Jury. Das Wort versuche, Sozialleistungen, die ein Leben in Würde sichern könnten, als unnützes Beiwerk oder sinnloses Getue zu verunglimpfen. Es sei ein Begriff klassisch diskriminierender Rhetorik. Die Bezeichnung „Heizungs-Stasi“ werde für populistische Stimmungsmache gegen Klimaschutz gebraucht, kritisierten die Unwort-Experten. Zugleich verhöhne er die Opfer der DDR-Staatssicherheit.

Die Unwort-Wahl will auf unangemessenen, abwertenden oder verschleiernenden Sprachgebrauch aufmerksam machen. Als Unwort kommen beispielsweise menschenverachtende Begriffe in Frage, aber auch Ausdrücke, die gesellschaftliche Gruppen abwerten. In der Jury sitzen zwei Sprachwissenschaftler, zwei Sprachwissenschaftlerinnen, eine Journalistin sowie ein jährlich wechselnder Gast - in diesem Jahr der CDU-Politiker Ruprecht Polenz. Polenz warnte, Remigration komme als Begriff harmlos daher. AfD und Identitäre Bewegung verschleierten damit ihre

wahren Absichten, nämlich die „Deportation aller Menschen mit vermeintlich falscher Hautfarbe oder Herkunft“. Polenz sagte, dass mit der Unwort-Wahl diese Täuschung nicht mehr so leicht gelingen werde.

Für die Unwort-Wahl 2023 reichten 2.300 Bürger und Bürgerinnen 710 verschiedene Vorschläge ein. Besonders häufig genannt wurden: Stolzmonat, Kriegstüchtigkeit und Sondervermögen.

Anfang Dezember hatte die Gesellschaft für deutsche Sprache bereits den Begriff „Krisenmodus“ zum Wort des Jahres 2023 gewählt. Diese Jury verwies auf Klimawandel, die Kriege in Nahost und in der Ukraine, Inflation und Schuldenkrise. „Der Ausnahmezustand ist längst zum Dauerzustand geworden. Gefühle wie Unsicherheit, Ängste, Wut, Hilflosigkeit und Ohnmacht prägen den Alltag vieler Menschen“, erklärten die Sprachexperten zur Begründung ihrer Wahl.

Volker Hasenauer

Vorbildliches unternehmerisches Engagement sichtbar machen

Leistung
Engagement
Anerkennung



Mittelstandspreis für soziale
Verantwortung in Baden-Württemberg

Zum 18. Mal wird der Mittelstandspreis für soziale Verantwortung ausgeschrieben

Der Mittelstandspreis für soziale Verantwortung in Baden-Württemberg soll vorbildliches unternehmerisches Engagement auch in Krisenzeiten sichtbar machen und würdigen. Daher loben Caritas, Diakonie und das Ministerium für Wirtschaft, Arbeit und Tourismus in Baden-Württemberg zum 18. Mal den

500 Beschäftigten und mit Hauptsitz in Baden-Württemberg, die sich in einer Kooperation beispielsweise mit einer sozialen Einrichtung, einer Schule, Umweltinitiativen oder Vereinen in einem Projekt gemeinsam gesellschaftlich engagieren. Die Bewerbungsfrist läuft bis zum 31. März 2024.

Der Mittelstandspreis soll zum einen den engagierten Unternehmen eine Bühne bereiten und sie in ihrer Geschäftstätigkeit stärken, und zum anderen die

Mittelstandspreis für soziale Verantwortung aus.

Bewerben können sich Unternehmen mit maximal

Möglichkeiten des gesellschaftlichen Engagements aufzeigen. Mit dem undotierten Preis wird die Lea-Trophäe überreicht. Sie steht sinnbildlich für Leistung, Engagement und Anerkennung.

Eine Bewerbung ist online möglich unter www.lea-mittelstandspreis.de. Unter der gleichen Online-Adresse sind weitere Informationen zum Mittelstandspreis für soziale Verantwortung erhältlich.

Über die Vergabe des Preises entscheidet eine Jury mit anerkannten Vertretern aus der Fach-, Wirtschafts- und Medienwelt. Die Verleihung des 18. Lea-Mittelstandspreises findet am 26. Juni 2024 im Rahmen einer feierlichen Festveranstaltung in der König-Karl-Halle im Haus der Wirtschaft in Stuttgart statt.

Seminarangebote für den Bereich Gesundheits- und Altenhilfe

Inhouse-Seminar: Im Fluss des Lebens. Gemeinsam sorgen bis zum Tod. Stärkung palliativer Kompetenz in der stationären Pflege

Die Termine zur Inhouse-Veranstaltung sind für Einrichtungen frei wählbar (6 x 4 Unterrichtseinheiten à 45 min.)

Zielgruppe: Der Kurs richtet sich an alle Mitarbeitenden einer Einrichtung. Es ist erwünscht, dass auch leitende Mitarbeiter*innen daran teilnehmen. Die Qualifikation ist für maximal 20 Personen ausgelegt. Zur Zielgruppe des Kurses gehören Mitarbeiter*innen aus den Bereichen: Pflege, Betreuung, Verwaltung, Hauswirtschaft, Sozialdienst, Haustechnik. Die Teilnahme an der Fortbildung kann sowohl für die im Anvertrauensschutz vorgesehenen Pflichtveranstaltungen zum grenzüberschreitenden Arbeiten als auch für Betreuungskräfte im Rahmen ihrer zweitägigen Fortbildungsverpflichtung gemäß § 43b SGB XI anerkannt werden.

Fortbildung: Hygienechecklisten im Gesundheits- und Sozialbereich sowie in Gemeinschaftsunterkünften. Gut vorbereitet auf unangekündigten Besuch von Prüfinstanzen

09.04.2024 (09:00 - 16:30 Uhr)

Katholische Akademie, Freiburg

Zielgruppe: Hygienebeauftragte, Qualitätsmanagementbeauftragte, Fachkräfte aus den Bereichen Hauswirtschaft, Pflege, Betreuung und Begleitung sowie Verantwortliche im Bereich der Gebäudereinigung.

Fortbildung: Einführung in die Handhabung von Heimverträgen. Heimverträge für die vollstationäre Pflege rechtssicher verwenden

09.04.2024 (09:30 – 13:00 Uhr)
Caritasverband für die Erzdiözese Freiburg, Freiburg

Zielgruppe: Nur für Mitgliedseinrichtungen der Erzdiözese Freiburg
Einrichtungsverantwortliche (z.B. Geschäftsführer*innen, Heimleitungen, Pflegedienstleitungen, Verwaltungsmitarbeitende) der stationären Altenhilfe, die mit Heimverträgen befasst sind.

Fortbildung: Wenn Sprache nicht mehr möglich ist. Alle Sinne ansprechen

15.04.2024 (09:00 - 16:30 Uhr)

Kloster St. Lioba, Freiburg

Zielgruppe: Mitarbeitende in der Pflege, Betreuung, Alltagsbegleitung und der Hauswirtschaft in Einrichtungen der Gesundheits- und Altenhilfe.

Online-Seminar: Wohin mit Ängsten und Belastungen? Der produktive Umgang mit den Ängsten und Belastungen von Auszubildenden

17.04.2024 (09:00 - 16:30 Uhr)

Zielgruppe: Praxisanleiter*innen mit abgeschlossener Qualifikation.

Online-Seminar: Die leise Seite der Pflegebedürftigkeit. Schweigen als Bewältigungsstrategie unter Bewohnerinnen und Bewohnern

22.04.2024 (09:00 - 16:30 Uhr)

Zielgruppe: Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in der Pflege, Betreuung, Alltagsbegleitung und der Hauswirtschaft in ambulanten, teilstationären und vollstationären Einrichtungen der Gesundheits- und Altenhilfe.

Fortbildung: Langzeiterkrankungen und häufige Kurzzeiterkrankungen

02.05.2024 (09:00 - 16:30 Uhr)

Kloster St. Lioba, Freiburg

Zielgruppe: Führungskräfte und Personalverantwortliche in Einrichtungen der Gesundheits- und Altenhilfe.

Qualitätsbeauftragte in Einrichtungen des Gesundheits- und Sozialwesens sowie der Altenhilfe

06.05. – 08.05.2024, 08.07. –

10.07.2024, 13.11. – 15.11.2024 (9 Tage jeweils von 09:00 – 16:30 Uhr)

Caritas Tagungszentrum, Freiburg

Zielgruppe: Personen, die in Einrichtungen des Gesundheits- und Sozialwesens sowie der Altenhilfe mit dem Qualitätsmanagement befasst sind und eine abgeschlossene Berufsausbildung sowie eine zweijährige Berufserfahrung nachweisen können.



Bitte beachten Sie:

Ausführliche Informationen zu den Fort- und Weiterbildungen im Bereich Alter, Gesundheit & Sozialwirtschaft finden Sie im Internet unter <https://www.dicvfreiburg.caritas.de/bildungsportal> mit der Möglichkeit der Registrierung und Online-Anmeldung.

Ansprechpartnerin:

Peggy Hahnemann, Tel.: 0761 8974-245, E-Mail: hahnemann@caritas-dicv-fr.de

Meike Reiß, Tel.: 0761 8974-246, E-Mail: reiss@caritas-dicv-fr.de



April 2024

- 09.04.-24 Einführung in die Handhabung von Heimverträgen**
Freiburg, Weihbischof-Gnädinger-Haus – Referat Wirtschaftsberatung & Sozialrecht
- 10./11.04.24 Arbeitskreis stationäre Hospize**
Löwenstein – Referat Dienste und Einrichtungen / Hospizarbeit & Palliative Care
- 11.04.24 Leitungskreis Soziale Dienste**
Online – Abteilung Teilhabe & Lebenslagen
- 16.04.24 Koordinator*innentreffen ambulant**
Rastatt, St. Bernhard - Referat Dienste und Einrichtungen / Hospizarbeit & Palliative Care
- 17.04.24 Leitungskonferenz Tagespflege**
Gengenbach, Haus Bethanien – Referat Dienste und Einrichtungen / Versorgung in der Häuslichkeit
- 18.04.24 Fortbildung Asylrecht – Grundlagen 1**
Freiburg, Weihbischof-Gnädinger-Haus – Referat Migration & Vielfalt
- 18.04.24 Leitungskonferenz Tagespflege**
Rielasingen-Worblingen, St. Verena – Referat Dienste und Einrichtungen / Versorgung in der Häuslichkeit
- 22./23.04.24 Zielvereinbarungsgespräch**
Staufen – Abteilung Bildung, Qualifizierung & Befähigung
- 23.04.24 Grundkurs Schuldnerberatung Modul 2: Zwangsvollstreckung**
Freiburg, Weihbischof-Gnädinger-Haus – Referat Soziale Integration & Europa
- 23./24.04.24 Arbeitstreffen der Caritassozialdienst-Teamleitungen**
Hechingen, St. Luzen – Referat Armut & Solidarität
- 25.04.24 Fachtag Integrationsmanager**
Online – Referat Migration & Vielfalt

April/Mai/Juni 2024

26.04.24 **Forum Recht mit Prof. Winkler**

Freiburg, Weihbischof-Gnädinger-Haus – Referat Armut & Solidarität

30.04.24 **Dankeschön-Tag im Europa-Park in Rust**

Rust, Europa-Park - Abteilung Freiwilligendienste & youngcaritas

MAI

08.05.24 **Caritassozialdienst to go – Thema: Deeskalation und Selbstbehauptung**

Online – Referat Armut & Solidarität

14./15.05.24 **BQB-Tagung Caritas BaWü**

Hegne, St. Elisabeth – Referat Soziale Integration & Europa

04.06.24 **Seminarreihe Entgeltverhandlungen Vollstationäre Pflege**

Online– Referat Wirtschaftsberatung & Sozialrecht

12.06.24 **Alte Hasen – junge Füchse: Der Generationenmix als Chance**

Online – Abteilung Bildung, Qualifizierung & Befähigung

12.06.24 **Fachtag: Begleitung von Freiwilligen mit psychischen Belastungen und Erkrankungen**

Fachtag für Region Süd

Freiburg, Kloster St. Lioba – Abteilung Freiwilligendienste & youngcaritas

JUNI

13.06.24 **Fachtag: Begleitung von Freiwilligen mit psychischen Belastungen und Erkrankungen**

Fachtag für Region Nord

Karlsruhe, Hermann-Jung-Haus – Abteilung Freiwilligendienste & youngcaritas

Juni 2024

13.06.24 Was wollen wir bewirken – Familienzentren

Rastatt – Abteilung Bildung, Qualifizierung & Befähigung

18.06.24 Sozial 4.0: Zukunft digital gestalten - Strategietagung

Freiburg, Humboldtsaal – Rückenwind³-Projekt „Out of the Box“

18.06.24 Grundkurs Schuldnerberatung Modul 3: Existenzsicherung

Freiburg, Weibbischof-Gnädinger-Haus – Referat Soziale Integration & Europa

20.06.24 Fortbildung Asylrecht – Anhörungsvorbereitung

Freiburg, Weibbischof-Gnädinger-Haus – Referat Migration & Vielfalt

20.06.24 Seminarreihe Entgeltverhandlungen Investitionskosten

Online – Referat Wirtschaftsberatung & Sozialrecht

24./25.06.24 Dienstpläne kompetent erstellen

Rastatt – Abteilung Bildung, Qualifizierung & Befähigung

25.06.24 Fachtag zur Digitalisierung in der Langzeitpflege

Freiburg – Abteilung Alter, Gesundheit & Sozialwirtschaft

25./26.06.24 Fachtag „Freiwilligendienste von A-Z“

Staufen, BDB-Musikakademie – Abteilung Freiwilligendienste & youngcaritas

26.06.24 Vorstandssitzung der Arbeitsgemeinschaft Altenhilfe, Hospizarbeit und Pflege

Freiburg, Weibbischof-Gnädinger-Haus – Abteilung Alter, Gesundheit & Sozialwirtschaft

NEWS

news/caritas-mitteilungen
Zeitschrift für soziale Fragen
in der Erzdiözese Freiburg
71. Jahrgang

Die „caritas-mitteilungen“ sind das offizielle Verbandsorgan für Mitglieder, haupt- und ehrenamtliche Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in Einrichtungen, Diensten und Pfargemeinden sowie Freunde der Caritas.

Verleger

Caritasverband für die
 Erzdiözese Freiburg e.V.
 Weihbischof-Gnädinger-Haus
 79111 Freiburg, Alois-Eckert-Straße 6

Gegründet: 16. November 1903
www.dicvfreiburg.caritas.de

**Redaktion, Gestaltung
 und Produktion**

Thomas Maier, Öffentlichkeitsreferent
 Tel. (07 61) 89 74-1 08 · Fax (07 61) 89 74-3 88
E-Mail: maier.t@caritas-dicv-fr.de
 Gerd Bauer, phase-zwei, Wittnau

Layoutentwurf

Irmhild Haite-Voss, Triolog Freiburg

Fotos

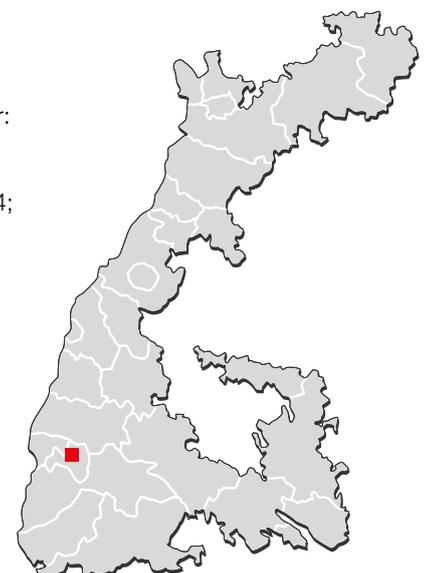
Caritas Alsace: 26; CV Emmendingen: 15; CV Konstanz: 37 (1); CV Sigmaringen: 42; CV im Tauberkreis: 43; Deutscher Caritasverband: 7 (1), 27; DiCV Freiburg: 33, 34, 35 (1); DiCV Freiburg/Andreas Lörcher: 20 (1); DiCV Rottenburg-Stuttgart: 28, 29; Erzbistum Freiburg/Roger Koeppe: 46; Frank/Wikimedia Commons: 35 (1); GGG Migration: 24, 25; Ena Grzywa: 37 (1); Julia Koch: 41; Miriam Krafft: 17; Kranczoch: 39; Steffi Maier: 31; Thomas Maier: 20 (1), 22 (1), 30 (1); Philipp Mück/Caritas Vorarlberg: 22 (1); Pertramer: 8; Pixabay: 9; Privat: 5, 7 (1), 18, 19, 30 (1), 32, 47; René Repasi: 11; Jon Tyson auf Unsplash: 44; Erich Westendarp auf Pixabay: Titel, 6; Katja Wiloth: 36.

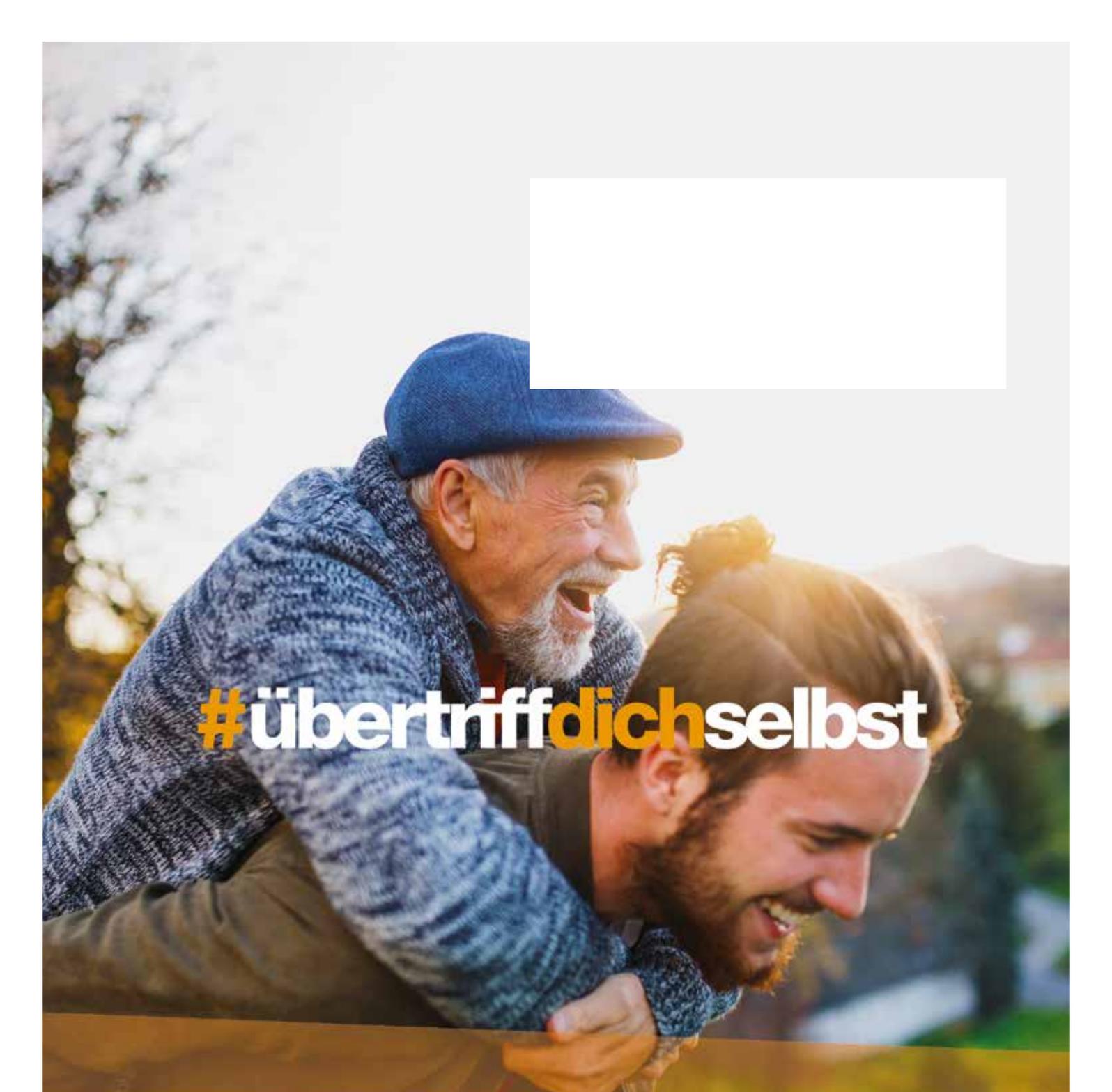
Satz und Druck

EuroPrintPartner, Kehl

Redaktionsschluss
2-2024

30. April 2024





#übertriffdichselbst

Mach deinen Freiwilligendienst

Jetzt über FSJ und BFD informieren
und online bewerben.

-  [freiwilligendienstecaritas](#)
-  [FreiwilligendiensteCaritasBaden](#)
-  [freiwilligendienste-caritas.de](#)

ZE
Jahre
HN



Freiwilligendienste
Dem Leben begegnen